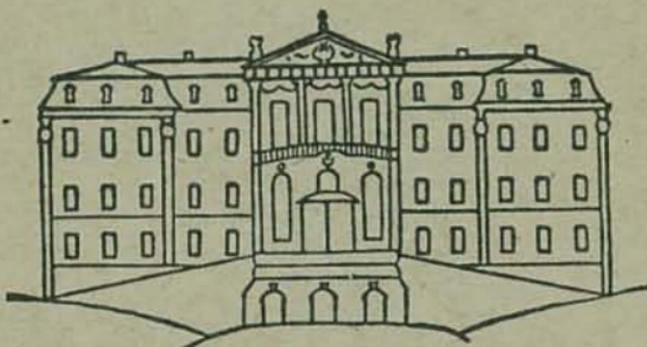


Gerald Götting

Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns

Referat auf der Mitarbeiterkonferenz der Christlich-Demokratischen Union
am 22./23. Februar 1963 in Dresden



Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Das Programm des Sozialismus
ist das Gesetz unseres Handelns

Referat auf der Mitarbeiterkonferenz der Christlich-Demokratischen Union
am 22./23. Februar 1963 in Dresden

1963

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Das Präsidium des Hauptvorstandes hat in einem Brief an den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, erklärt: „Wir haben mit größter Aufmerksamkeit die Beratungen des VI. Parteitages verfolgt und stimmen aus ganzem Herzen den weittragenden und für uns alle richtungweisenden Beschlüssen des Parteitages zu.“ Am 4. Februar haben wir auf der Tagung des Präsidiums des Nationalrates zeigen können, daß wir diese Zustimmung bereits durch erste ökonomische Taten erhärtet haben.

Als christliche Demokraten wissen wir uns von unserem Gewissen und von unserer Vernunft gedrängt, unsere ganze Kraft und alle unsere Fähigkeiten für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in unserer Deutschen Demokratischen Republik einzusetzen. Der Sozialismus ist die Zukunft und der Friede. Nichts Ehrenvolleres kann es geben, als Mitgestalter des neuen Zeitalters des Sozialismus zu sein. Die Beratungen und Beschlüsse des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind für die weitere Entwicklung in beiden deutschen Staaten und in Westberlin von entscheidender Bedeutung.

In seiner überzeugenden Geschlossenheit hat der Parteitag erneut bewiesen, daß die geeinte Arbeiterklasse und ihre Partei allein berechtigt und imstande sind, die Führung der Nation bei der Sicherung des Friedens und der friedlichen Lösung der deutschen Frage auszuüben. Mit der einstimmigen Annahme des Programms der SED – des Programms des Sozialismus – ist ein neuer Abschnitt einer für unser ganzes Volk verheißungsvollen Entwicklung eingeleitet.

Die Interessen und Wünsche der Partei der Arbeiterklasse stimmen mit denen aller Kreise der Bevölkerung überein. Sie heißen: Umfassender Aufbau des Sozialismus und damit Friede, Wohlstand, Verständigung, Überwindung der Spaltung. In dieser Übereinstimmung liegt unsere große Stärke. Darauf vornehmlich gründet sich das Vertrauen der Christen zur Partei der Arbeiterklasse und ihrer Führung mit Walter Ulbricht an der Spitze. Daraus erwächst und erstarkt die politisch-moralische Einheit unserer Bevölkerung. Der VI. Parteitag hat dies nur noch überzeugender bestätigt.

Wir sind glücklich, daß wir Christen in der Deutschen Demokratischen Republik unter der Führung der SED aktiv und schöpferisch am umfassenden Aufbau des Sozialismus

mitwirken können. In der Verwirklichung des Programms des Sozialismus bietet sich uns die Möglichkeit, das zu tun, was uns besonders am Herzen liegt: Frieden zu halten, Frieden zu stiften und dem Nächsten zu dienen. Um so mehr geht der VI. Parteitag uns Christen an.

Aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit haben wir die richtigen Lehren gezogen, haben wir die uns von der Arbeiterklasse entgegengestreckte Hand ergriffen, uns unter Führung ihrer Partei mit allen demokratischen Kräften eng verbunden und sind fest entschlossen, niemals mehr von diesem Wege abzugehen. Wir wissen, daß wir damit auch den großen und echten humanistischen Traditionen unseres Volkes gerecht werden und das erfüllen, was viele wahre deutsche Patrioten vor uns ersehnt und erstrebt haben, aber nicht erreichen konnten.

Wir sind dankbar für die Anerkennung unserer Arbeit in der Rede Walter Ulbrichts auf dem Parteitag wie im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag und ebenso dankbar für die Anregungen, die der Parteitag uns für unsere weitere Arbeit gegeben hat.

Sinn und Zweck unserer Mitarbeiterkonferenz soll es deshalb sein, diese Anregungen aufzugreifen und die Aufgaben zu beraten und festzulegen, die sich aus den Beschlüssen des VI. Parteitages und aus der Tagung des Präsidiums des Nationalrates am 4. Februar 1963 für unsere Christlich-Demokratische Union ergeben. Im Vordergrund unserer gesamten Arbeit muß jetzt die Lösung der ökonomischen Aufgaben stehen und dabei die Steigerung der Arbeitsproduktivität und des ökonomischen Nutzens auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Höchststandes. Unsere Erfolge werden davon abhängen, wie wir es verstehen, unsere Menschen von der Bedeutung der ökonomischen Aufgaben für die Zukunft unseres Volkes zu überzeugen, alle noch vorhandenen Überreste bürgerlich-kapitalistischen Denkens zu überwinden und die schöpferische Mitarbeit aller Werktätigen bei der Erfüllung unserer Pläne zu erreichen. Damit geben wir gleichzeitig denen eine Antwort, die – wie einige Mitglieder der Ortsgruppe Glashütte im Kreis Dippoldiswalde – meinen, es sei kein Raum mehr vorhanden für die Tätigkeit der CDU, da ja auf dem VI. Parteitag die SED als die Partei des ganzen Volkes bezeichnet worden sei.

Solche Meinungen hat es auch früher schon gegeben. Da vertraten ebenfalls manche unserer Freunde die Auffassung, daß die Bedeutung der Blockparteien sich in dem Maße verringere, wie der Aufbau des Sozialismus vorwärtsschreite. Gerade der VI. Parteitag aber hat deutlich gemacht, daß genau das Gegenteil richtig ist. Ganz klar hat Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag zu dieser Frage Stellung genommen und erklärt:

„Es wurde die Frage gestellt, ob die Politik der Nationalen Front und die Zusammenarbeit der demokratischen Parteien auch im neuen Zeitabschnitt weitergeführt würden. Selbstver-

ständiglich ja. Sie wird nicht nur im neuen Abschnitt weitergeführt, sie wird auch später weitergeführt werden. Wir haben bereits früher erklärt, daß – entsprechend den Beschlüssen des Nationalkongresses – die Zusammenarbeit bestehen bleibt. Allerdings werden sich auch die Blockparteien mehr als bisher den Problemen der Durchführung des Planes und der sozialistischen Ökonomik widmen müssen. Sie dürfen sich nicht auf Teilfragen beschränken.“

Das Mehrparteiensystem hat sich in den achtzehn Jahren unserer Zusammenarbeit hervorragend bewährt. Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU wurde es als ein schöpferischer Beitrag der Deutschen Demokratischen Republik zur Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus gewürdigt. Dieses Mehrparteiensystem konsequent fortzusetzen, liegt im Interesse unseres Volkes. Von einer Nivellierung der Parteien kann dabei in keiner Weise die Rede sein. Im Verlauf der gemeinsamen Anstrengungen in der Nationalen Front hat sich die Arbeit der einzelnen Blockparteien immer klarer und profilierter entwickelt, ist die Zusammenarbeit immer fruchtbarer geworden und hat das Wachstum der politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung, die wir heute mit Recht als eine unserer kostbarsten Errungenschaften bezeichnen, gefestigt. Hermann Matern hat das Mehrparteiensystem in unserer Republik als den sicheren Garanten für den weiteren Ausbau der Deutschen Demokratischen Republik als Verteidiger des Friedens und als Bannerträger der Zukunft der deutschen Nation bezeichnet.

Wir stimmen völlig damit überein. Nie waren die Aufgaben der CDU und der anderen Blockparteien größer als jetzt. Diese Tatsache kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß die Parteien gegenwärtig einen neuen entscheidenden Schritt gehen, nämlich den von der Interessenvertretung für diese oder jene Schicht zur Mitverantwortung für das Ganze in der Nationalen Front. Begonnen hat diese Entwicklung bereits vor dem VI. Parteitag, als die vom Parteitag zu beschließenden Dokumente der gesamten Bevölkerung zur Diskussion übergeben wurden, als die Blockparteien Vorschläge und Anregungen dazu erarbeiteten.

In den von unserer CDU dem VI. Parteitag der SED übergebenen 150 Vorschlägen auf 37 Lebens- und Arbeitsgebieten sind die klugen Gedanken und Vorstellungen zahlreicher Unionsfreunde enthalten. Zugleich aber hat die Tatsache, daß wir imstande waren, solche konkreten Vorschläge auf allen wichtigen Gebieten unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu unterbreiten, vielen Mitgliedern deutlich gemacht, welche Möglichkeiten die Christlich-Demokratische Union in unserer sozialistischen Gesellschaft hat. Unsere Vorschläge haben so eine doppelte Wirkung: einmal sind wir damit unserer Mitverantwortung für die Lösung der wichtigen politischen und ökonomischen Aufgaben in unserer Republik gerecht geworden, und zum anderen hat sich dadurch das Vertrauen in die Kraft und Fähigkeit unserer Partei bei der Lösung dieser Aufgaben unter unseren Mitgliedern verstärkt.

Durch unser Mitwirken an den Vorbereitungen haben wir selbst Anteil an dem Ergebnis und den Beschlüssen des Parteitages der SED. Deshalb konnte auch das Präsidium des Nationalrates erklären, daß das Programm der SED das Gesetz des Handelns aller in unserer sozialistischen Volksbewegung vereinten Kräfte ist. Es ist das Programm, das zu Frieden und Sozialismus führt. Umfassender Aufbau des Sozialismus – das bedeutet, daß wir die nationale Volkswirtschaft unserer Republik entwickeln, die Arbeitsproduktivität rasch steigern, um das Leben aller Werktätigen angenehm und schön zu gestalten, das bedeutet, daß sich die neuen sozialistischen Beziehungen der Menschen untereinander vertiefen, daß Bildung und Kultur zum Besitz aller Schaffenden werden, um ihr Dasein zu bereichern und ihre Persönlichkeit zu entwickeln, das bedeutet, daß wir unsere Republik zu einem modernen sozialistischen Staat machen, der als Beispiel auf Westdeutschland ausstrahlt und der Welt zeigt, wie das zukünftige friedliebende Deutschland aussehen wird. Darum ist das Programm des Sozialismus nicht nur das Programm der führenden Partei, sondern des gesamten Volkes. Und so versteht sich auch die Feststellung, daß die SED Partei des ganzen Volkes geworden ist.

Von der ökonomischen Stärke unserer Deutschen Demokratischen Republik hängt es ab, wie wir die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in Deutschland durchsetzen und den Frieden sichern. Deshalb steht die Ökonomie an der ersten Stelle all unseres Tuns und Handelns. Die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes muß darum zum Hauptinhalt und zum Ausgangspunkt der Leitungstätigkeit wie unserer Mitarbeit in der Nationalen Front werden. Die Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte in der Nationalen Front – das war, ist und bleibt das Grundprinzip unserer Politik, und darin liegt das Geheimnis aller unserer Erfolge.

Vor 14 Tagen jährte sich zum zweiten Male der Tag, an dem das denkwürdige Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates Walter Ulbricht und einer von unserem verehrten Freund Professor D. Emil Fuchs geleiteten Gruppe von Theologen und kirchlichen Amtsträgern in Berlin-Niederschönhausen stattfand. Dieses Gespräch vom 9. Februar 1961 ist inzwischen zu einem Begriff geworden, der aus unserem gesellschaftlichen Leben nicht mehr wegzudenken ist. Die Prinzipien, die darin zum Ausdruck kamen, sind auch eingeschlossen im Programm des Sozialismus. In seinem Rechenschaftsbericht an den VI. Parteitag hat das Zentralkomitee der SED diese Begegnung ausdrücklich als Zeichen des „gewachsenen Vertrauensverhältnisses zwischen Christen und Marxisten“ gewürdigt.

Man kann mit Recht sagen, daß die Begegnung vom 9. Februar entscheidend mit vorbereitet wurde von allen den Mitgliedern unserer Partei und parteilosen Christen, die ihr Ja zum Sozialismus täglich durch verantwortliches Handeln unter Beweis stellten. Der VI. Parteitag der SED ruft uns

heute wieder auf, diesen Weg praktischer Bewährung in der Gemeinsamkeit weiter zu beschreiten, indem er uns auf die ökonomischen Aufgaben in unserer Republik orientiert.

Für uns heißt Christ sein, sich im Kampf für das Volksganze bewähren. Indem wir das tun, wachsen wir in unserer Partei über eine „Interessenvertretung“ christlicher Kreise schlechthin hinaus und wollen als Christen unserem ganzen Volk in beispielhafter und kluger Arbeit dienen. Das wird uns in der Nationalen Front auch helfen, immer weitere christliche Bürger in die Arbeit beim Aufbau des Sozialismus einzubeziehen.

Genau in diesem Sinne meinen wir, daß christliche Existenz im Sozialismus Proexistenz für den anderen und die Gesellschaft sein muß. Der VI. Parteitag ruft uns christliche Demokraten dazu auf, unseren Horizont zu erweitern, nicht nur unsere eigenen Fragen zu sehen, sondern solidarisch zu leben mit allen Nichtchristen. Nur in dieser Solidarität gewinnt unser christliches Zeugnis heute seine Glaubwürdigkeit. Wir sind überzeugt, daß von hier aus auch große Impulse für das kirchliche Leben und die Haltung der Kirchen – als in ihrem Interesse – gegeben werden.

Im Mittelpunkt unserer weiteren Arbeit muß die Erkenntnis stehen, daß man dem Frieden und dem Sozialismus nur dadurch zum Sieg verhilft, daß jeder an seinem Platz hohe ökonomische Ergebnisse erzielt, das heißt, in erster Linie die Arbeitsproduktivität steigert. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist der Schlüssel für den Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland: denn je stärker wir ökonomisch werden, desto schneller schmelzen die aggressiven Pläne der Bonner Imperialisten dahin, desto größer wird die Ausstrahlungskraft unserer Republik. Darum hat Professor Albert Norden auf der bedeutenden Tagung des Präsidiums des Nationalrates am 4. Februar dieses Jahres mit Recht erklärt: „Ökonomisch denken heißt national denken.“

Die ökonomischen Probleme stehen also in der Arbeit aller unserer Verbände und Ortsgruppen im Vordergrund. Unsere Vorstände müssen sich auf Grund der örtlichen Situation mit diesen Problemen intensiv beschäftigen und von da aus die Entscheidungen und Vorschläge für die weitere Entwicklung treffen und erarbeiten. Auch die ideologische Arbeit muß von dort her angepackt werden. Sie hat in erster Linie die Aufgabe, den umfassenden Aufbau des Sozialismus zu begründen, alle ideologischen Hemmnisse zu beseitigen und ökonomische Ergebnisse zu erzielen.

★

„Unser Miteinander und Füreinander ist die unversiegbare Quelle der Kraft, die uns befähigt, die komplizierten Probleme in der Gestaltung unserer nationalen Wirtschaft erfolgreich zu meistern.“ So heißt es in der Erklärung des Präsidiums des Nationalrates. Davon alle Bürger unserer Republik zu überzeugen, in ihnen das Gefühl ihrer Mitverantwortlich-

keit für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft zu wecken und sie für die schöpferische Mitarbeit am umfassenden Aufbau des Sozialismus zu gewinnen, darin müssen wir christlichen Demokraten in der Nationalen Front unsere Aufgabe sehen.

I.

Nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse sind wir in der Deutschen Demokratischen Republik in eine neue Etappe unserer gesellschaftlichen Entwicklung eingetreten: den umfassenden Aufbau des Sozialismus.

Das Kernproblem ist dabei die Gestaltung unserer nationalen Wirtschaft, als planmäßige und zweckmäßig aufgebaute Wirtschaft eines modernen, hochentwickelten, sozialistischen Landes. Durch die bewußte Mitarbeit und schöpferische Initiative aller Bürger unseres Staates werden wir dieses Ziel erreichen. Der wachsende gesellschaftliche Reichtum beim umfassenden Aufbau des Sozialismus kommt durch die Anwendung des Verteilungsprinzips: „Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seiner Leistung“ allen Werktätigen voll zugute.

Ausgehend von den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus werden wir der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Republik die besonderen Bedingungen unseres Landes zugrunde legen. Dabei sind folgende führende Industriezweige bestimmend:

- die chemische Industrie, besonders die Petrochemie;
- die metallurgische Industrie, besonders die zweite Verarbeitungsstufe;
- die Elektrotechnik, wobei es vor allen Dingen um die Elektronik und jene Zweige des Maschinenbaus geht, die den raschen Fortschritt der Mechanisierung und der Industrialisierung bestimmen;
- die Entwicklung und Produktion des wissenschaftlichen Gerätebaus;
- die rasche Entwicklung der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens und
- die weitere Intensivierung und schrittweise Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktionsprozesse.

Auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurden für die ökonomische Entwicklung in den Jahren bis 1970 dazu folgende Hauptkennziffern genannt. Die Jahresproduktion der Industrie soll bis zum Jahre 1970 auf eine jährliche Bruttoproduktion von 136 Mrd. DM gesteigert werden. Das ist gegenüber dem zu erwartenden Stand des Jahres 1963 ein Zuwachs auf 160 Prozent. Das Volkseinkommen soll sich auf der Grundlage dieses Produktionsumfanges auf 104 Mrd. DM erhöhen. Der Anteil der industriellen Produktion am gesellschaftlichen Gesamtprodukt soll von 66 Prozent auf 70 Prozent im Jahre 1970 steigen.

Dieser Perspektivplan umreißt die volkswirtschaftlichen Hauptaufgaben, beginnend mit dem Jahre 1964. Jetzt kommt

es darauf an, durch die termin-, sortiments- und qualitätsgerechte Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1963 die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Womit also jetzt beginnen? Die wichtigste Voraussetzung für die Lösung der ökonomischen Aufgaben ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dabei gilt es sowohl die materiell-technischen wie auch die sozial-ökonomischen Produktivitätsfaktoren zu stärken. Im Vordergrund stehen die Anwendung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes, die Ausnutzung der Produktivkraft Wissenschaft, der Einsatz modernster Arbeitsmittel und technischer Verfahren sowie die Entwicklung neuer Plaststoffe als Einsatzmaterial für die Arbeitsprozesse. Es geht aber auch um die Fragen der Arbeitsdisziplin, um die Ausnutzung der schöpferischen Initiative aller Werktätigen, um die Anwendung der Erfahrungen der Neuerer, um neue sozialistische Beziehungen der Menschen untereinander.

Im BV Karl-Marx-Stadt meinen einige Freunde, vor lauter Neuerungen in der Produktion kämen sie nicht zum Arbeiten. Sie hätten seit Jahren schon eine gute Produktion geleistet, ihre Erzeugnisse würden abgesetzt, und sie sehen daher keinen Anlaß, ihre Arbeitsweise zu ändern. Niemand unterschätzt die großen Arbeitserfahrungen der werktätigen Menschen, aber es ist doch wohl unbestritten, daß durch die zunehmende Meisterung der Natur durch den Menschen, die Entwicklung der Wissenschaft und der Technik, täglich neue Erkenntnisse wachsen, die es in der Produktion in die Praxis umzusetzen gilt.

Jeder Unionsfreund muß sich darüber Gedanken machen, wie er selbst an seinem Arbeitsplatz mit dem geringsten Aufwand an Arbeitskraft und Material höhere Leistungen vollbringen und mithelfen kann, die Leistungsfähigkeit der Maschinen durch technische Verbesserungen oder durch die Einführung des Mehrschichtsystems zu erhöhen.

Jeder Unionsfreund hat die Verpflichtung, in seiner Arbeit den Besten nachzueifern und mit seiner eigenen Arbeit seinen Kollegen ein Beispiel zu geben. Jede Maßnahme zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist ein Fanal der erfolgreichen Ausnutzung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in den Betrieben. Es ist eine große politische Verantwortung für unsere Partei, allen Freunden diese Erkenntnis immer wieder einzuhämmern.

Unionsfreund Gorski, Leiter der Brikettfabrik Kupferhammer in Röblingen, Bezirk Halle, hat richtig erkannt, welche Bedeutung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität die bestmögliche Ausnutzung der Technik und die allseitige Durchsetzung der Arbeitsmethoden der Neuerer und Aktivisten hat. Trotz des strengen Kälteeinbruchs gelang es dem von ihm geleiteten volkseigenen Betrieb, die volle Einsatzbereitschaft der vorhandenen Technik zu gewährleisten und den Plan im Durchschnitt mit 105 Prozent täglich überzuerfüllen. Es gibt in unserer Partei eine Fülle solcher guten Beispiele bei der Steigerung

der Arbeitsproduktivität. Aber es kommt jetzt darauf an, diese in die ganze Breite der Parteilarbeit umzusetzen. In Vorbereitung des VI. Parteitages erreichten unsere Unionsfreunde durch Erfindungen und Verbesserungsvorschläge, durch die Mitarbeit in der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung und durch die auf ihren Vorschlag hin verwirklichten technisch-organisatorischen Maßnahmen einen volkswirtschaftlichen Nutzen für unsere Gesellschaft in Höhe von 80 Millionen DM. Dieses Beispiel zeigt uns auch, wie wichtig es ist, daß wir uns in der Parteilarbeit auf die entscheidenden ökonomischen Aufgaben konzentrieren. Das gilt aber nicht nur für besondere Anlässe, sondern muß für unsere tägliche Arbeit bestimmend sein.

Die Arbeit eines Vorstandes wird demzufolge in der Zukunft danach gemessen, wie es ihm gelingt, die Mitglieder unserer Partei auf solche ökonomisch entscheidenden Aufgaben hinzulenken, um einen vielfältigen Nutzen für unsere Volkswirtschaft zu erzielen. Die Aufgaben in den einzelnen Bezirken und Kreisen sind unterschiedlich. Deshalb darf in Zukunft ein Vorstand nicht warten, bis er Anweisungen von oben erhält, sondern muß sich ständig an den Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes seines eigenen Territoriums orientieren, um die Mitgliedschaft für die Erfüllung der im jeweiligen Zeitpunkt vordringlichen Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes zu gewinnen.

Die Notwendigkeit der Steigerung der Arbeitsproduktivität wird noch nicht von allen Bürgern erkannt. „Ist das nicht wie im Kapitalismus?“ wurde kürzlich auf einer Aussprache mit Christen in Magdeburg gefragt. Andere drücken sich noch drastischer aus, indem sie feststellen, „die Steigerung der Arbeitsproduktivität geht doch auf Kosten der Arbeiterknochen“.

Ja, das ist so im Kapitalismus. Dort erfolgt die Steigerung der Arbeitsproduktivität zweifelsohne auf Kosten der Arbeiter. Die steigende Zahl der Arbeitsunfälle, die Entwicklung des Krankenstandes und die Frühinvalidität sprechen dafür eine deutliche Sprache. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität geht Hand in Hand mit der Erhöhung der Ausbeutung und der gleichzeitig damit verbundenen wachsenden Arbeitsintensität.

In unserer Republik wird die Steigerung der Arbeitsproduktivität in erster Linie durch die Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die verbesserte Organisation der gesellschaftlichen Produktion erreicht. Gerade die Fragen der Standardisierung, der Spezialisierung und der Konzentration der Produktion werden im Kapitalismus auf die Einflußbereiche der einzelnen Monopolgruppen begrenzt. Wir sind in unserer sozialistischen Wirtschaft imstande, diese Aufgaben im Bereich und auf der Ebene der gesamten Volkswirtschaft durchzuführen.

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wird in unserer Republik nicht wie in Westdeutschland gegen die Werktätigen durchgesetzt, sondern sie werden aktiv und schöpferisch in

den Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand einbezogen. Der Nutzen der steigenden Produktivität in unserer Republik kommt allen Werktätigen zugute.

Die Erweiterung unserer materiell-technischen Basis macht einen höheren Anteil der Akkumulation bei der Verwendung des Nationaleinkommens notwendig. Im Kreisverband Frankfurt gibt es Freunde, die der Meinung sind, warum diese aufwendigen und großen Industrieanlagen? Zunächst sollte der Lebensstandard gesteigert werden, dann wird sich der gute Wille zur Mitarbeit bei den einzelnen von allein einstellen. Was ist das für ein Standpunkt! Aus seinem persönlichen Etat weiß jeder von uns, daß es richtig und notwendig ist, einen bestimmten Anteil seines Einkommens für langlebige Wirtschaftsgüter des häuslichen Bedarfs abzuzweigen, die helfen, das Leben schöner und angenehmer zu gestalten. Im übertragenen Sinne gilt das für jede Volkswirtschaft. Nur wenn ein angemessener Anteil am Volkseinkommen für die Neuausrüstung der Industrie, für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes, welche wiederum die tragenden Voraussetzungen für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität bilden, bereitgestellt wird, kann das Leben der Gesellschaft schöner und reicher werden. Es geht also um die Relation von Akkumulation und Konsumtion. Dieses Verhältnis war in den zurückliegenden Jahren in unserer Republik nicht in Ordnung. Während unsere Akkumulationsrate zwischen 18 und 20 Prozent lag, akkumulierten andere sozialistische Länder zwischen 25 und 30 Prozent ihres Volkseinkommens. Walter Ulbricht stellte auf dem VI. Parteitag fest: „Jede akkumulierte Mark vervielfacht sich in den kommenden Jahren. Deshalb müssen wir alle daran arbeiten, die Akkumulation zu erhöhen und mit hohem gesellschaftlichen Nutzeffekt zu verwenden.“

Mit dem Ausbau unserer chemischen Industrie werden wir die rohstoff-wirtschaftliche Basis erweitern und verbessern. Die Produktion von Plasten soll bis zum Jahre 1970 auf 153 Prozent und die synthetischer Fasern auf 290 Prozent steigen. Der Bevölkerung werden danach im großen Umfange hochwertige Konsumgüter aus Plaste und Chemiefasern, eine Vielzahl von Produkten der Haushaltchemie und der Kosmetik zur Verfügung gestellt werden. Das Leben wird leichter, angenehmer und schöner werden. Mit der Entwicklung der Metallurgie und des Maschinenbaus werden die Voraussetzungen für die Bereitstellung hochproduktiver Anlagen für die Mechanisierung und Automatisierung der Produktion geschaffen. Die Einführung moderner technischer Verfahren und die Anwendung modernster Maschinen werden die Werktätigen von der körperlich schweren Arbeit entlasten. Mit dem Aufbau einer modernen, leistungsfähigen Industrie wird es gelingen, mehr Erzeugnisse für den internationalen Warenaustausch zur Verfügung zu stellen und mit Hilfe der Steigerung des Exports auch die Voraussetzungen für erhöhte Importe an solchen Erzeugnissen zu schaffen, deren wir zur Steigerung des Lebensstandards bedürfen, die aber unsere

nationale Volkswirtschaft aus klimatischen oder anderen Bedingungen selbst nicht erzeugen kann.

Das Ziel aller Anstrengungen in der Produktion ist, entsprechend dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus, die Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Gesellschaft. Mit der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Steigerung der Produktion erhöhen die Werktätigen nicht nur ihren eigenen Lebensstandard, sondern den aller Bürger unserer Republik, auch derjenigen, die nicht mehr im Berufsleben stehen. Die Erhöhung der Renten steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Frage Akkumulation und Konsumtion. Bei den gegenwärtig in unserer Republik lebenden drei Millionen Bürgern im Rentenalter geht jede – auch die geringste – Rentenerhöhung sofort in die Millionenbeträge. Aber jede Mark muß zunächst erarbeitet werden. Darum müssen auch diese Bürger erkennen, daß die Erhöhung ihres Lebensstandards ursächlich mit der notwendigen Leistungssteigerung in der Produktion zusammenhängt. Nach einem langen, arbeitsreichen Leben haben sie Anspruch auf einen sorgenfreien und schönen Lebensabend. Die Regierung wird entsprechend den Hinweisen des VI. Parteitag der SED dazu einen Vorschlag ausarbeiten.

Von außerordentlich großer Bedeutung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit zur Erreichung der Planziele ist der sozialistische Massenwettbewerb. Er muß zu einer ständigen Einrichtung in den Betrieben werden. Die Hauptaufgaben des Wettbewerbs ergeben sich aus den örtlichen und betrieblichen Schwerpunkten sowie aus dem jeweiligen Stand der Planerfüllung.

Jeder Unionsfreund muß für seine vorbildliche Beteiligung am sozialistischen Wettbewerb in seinem Betrieb oder in seiner Genossenschaft gewonnen werden. In jeder Ortsgruppe sollten Unionsfreunde, besonders aus den Kreisen unserer Volksvertreter, regelmäßig über ihre Erfahrungen und Arbeitserfolge berichten. Das Ziel ist dabei, die schöpferische Teilnahme aller Mitglieder unserer Partei am sozialistischen Massenwettbewerb zu erreichen. Im Bezirksverband Gera gibt es Unionsfreunde, die erklären, sie halten die Teilnahme am sozialistischen Wettbewerb für entbehrlich, weil sie ohnehin ihre Pflicht erfüllen würden, und mehr könnten sie nicht tun. Aber können wir wirklich mit solchen ichbezogenen Standpunkten die Probleme unserer Wirtschaft lösen? Sind die großartigen Erfolge in der Produktion nicht vielmehr darauf zurückzuführen, daß gerade in den Arbeitswettbewerben die schöpferischen Erfahrungen der Besten in die Breite des Betriebes umgesetzt werden und jeder einzelne an seinem Arbeitsplatz sich bemüht, diesem Beispiel nachzueifern?

Mit der Teilnahme am Wettbewerb erfüllt jeder Unionsfreund eine gesellschaftliche Verpflichtung. Es geht auch nicht darum, mitzumachen, weil man sonst vielleicht schief angesehen wird. Es geht darum, daß im sozialistischen Wettbewerb wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Masseninitiative

miteinander verbunden werden. Für die Teilnahme unserer Freunde am sozialistischen Wettbewerb müssen folgende Grundsätze bestimmend sein, die es auch in der Diskussion in den Betrieben und Genossenschaften mit durchzusetzen gilt:

1. Der Wettbewerb muß auf die Schwerpunkte des Betriebes ausgerichtet sein.
2. Er muß die schnelle Einführung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes fördern.
3. Der Wettbewerb muß dem Erfahrungsaustausch dienen, die gegenseitige Hilfe und Erziehung sowie die Auswertung der Bestzeiten und Bestwerte zum Ziel haben.
4. Der Wettbewerb muß die Gemeinschaftsarbeit und die Zusammenarbeit zwischen Forschung, Entwicklung, Konstruktion und Produktion festigen.

Wettbewerb und sozialistische Gemeinschaftsarbeit schließen sich einander nicht aus, sondern müssen sich sinnvoll ergänzen. Durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit werden wahrhaft brüderliche Beziehungen zwischen den Menschen gestaltet. Sie entspricht voll und ganz unseren christlichen Auffassungen vom Wert und von der Würde der Arbeit. Es geht um den Austausch der besten Erfahrungen zwischen den Betrieben aller Eigentumsformen und um die schnelle Durchsetzung der Forschungsergebnisse der Wissenschaft in der Praxis.

Unionsfreund Werner vom VEB Mercedes-Werke in Zella-Mehlis bewies, welche günstigen Voraussetzungen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit geschaffen werden können. Die von ihm gegründete sozialistische Arbeitsgemeinschaft arbeitete eng mit einer Forschungsgruppe des Instituts für Zentrale Entwicklung und Konstruktion zusammen, wertete die besten Erfahrungen zur Verminderung der Schnittverluste beim Feinblechschneiden aus und entwickelte ein neues Verfahren.

Dadurch ist es jetzt möglich, größere Materialstärken zu verarbeiten. Der Wert dieser Forschungsarbeit liegt darin, daß damit nicht nur die Arbeitsproduktivität wesentlich erhöht wird, sondern zugleich wertvolle Devisen eingespart werden können, da die für die bisherigen Arbeitsgänge benötigten Pressen aus dem kapitalistischen Ausland importiert werden mußten.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit hat aber nicht nur die Zusammenarbeit in der Produktion zum Gegenstand, sondern mit ihr werden neue menschliche, sozialistische Beziehungen zwischen den in der Produktion zusammenarbeitenden Menschen geschaffen. Dabei geht es beispielsweise darum, in der gegenseitigen Erziehung solche Fragen zu klären wie „Neue Technik – Neue Normen“.

Im Bezirksverband Leipzig gab es eine Diskussion um diese Frage. Dabei vertraten einige Freunde die Auffassung: Warum die Norm ändern? Es sei doch ihr Verdienst und ihre Ge-

schicklichkeit, wenn sie mit Hilfe der modernen Technik größere Produktionsleistungen als bisher vollbringen würden. Stimmt das? Werden die höheren Leistungen nicht in der Hauptsache durch den Einsatz moderner, leistungsfähigerer Maschinen erreicht? Damit verbessern sich doch die Voraussetzungen, unter denen produziert wird. Man kann daher auch nicht mehr die alten Normen zugrunde legen und den Mehrleistungsverdienst einstreichen wollen. Das ist doch eine Frage der Ehrlichkeit!

Die Mittel für die Anschaffung dieser neuen Maschinen kommen aus der gesellschaftlichen Akkumulation. Mit welchem Recht kommen die Ergebnisse der gemeinsamen Anstrengungen dann einzelnen zugute, indem sie manchmal geradezu astronomische Normübererfüllungen erreichen? Es ist nicht korrekt von den Betriebsleitungen, stillschweigend solche Auffassungen zu dulden, weil diese Kollegen gute Facharbeiter sind und man sie nicht verärgern möchte. Was der Gesellschaft dient, dient auch dem einzelnen. Wenn mit Hilfe des Einsatzes der neuen Technik größere Produktionsleistungen vollbracht werden, dann kommen sie uns allen, auch den Arbeitern in diesen Betrieben, zugute. Eine andere Aufgabe ist es, durch eine richtig gelenkte materielle Interessiertheit einen entsprechenden Anreiz zur vollen Ausnutzung der neuen Technik zu schaffen, wobei jedoch entscheidende Grundlage die richtige Anwendung des Leistungsprinzips ist.

Gegenwärtig besteht noch der Mangel, bei der Leistungsbewertung der Betriebe und der Prämiiierung der Werktätigen die Bruttoproduktion als Hauptkennziffer zugrunde zu legen. Wir können uns aber weder für den eigenen Bedarf noch im Hinblick auf die notwendige Steigerung der Exportleistungen mit einem nur quantitativen Wachstum der Produktion zufriedengeben. Die Leistungsbewertung und Prämiiierung müssen die Fragen der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Senkung der Selbstkosten sowie der Qualität der Erzeugnisse besser als bisher widerspiegeln. Entscheidende Kennziffer für die Prämiiierung müssen daher die Qualität und der Nutzeffekt der Produktion werden.

Auf dem VI. Parteitag der SED wurde mehrfach die Einheit zwischen der Erziehung der Menschen und der Lösung der ökonomischen Aufgaben hervorgehoben. Die Arbeit mit den Menschen, das Eingehen auf ihre Probleme und die Beantwortung ihrer Fragen sind von äußerster Wichtigkeit. Es hängt doch in erster Linie von der Bereitschaft der Menschen ab, in welchem Umfang es beispielsweise gelingt, die in den Betrieben noch bestehenden Reserven auszuschöpfen. Wir müssen daher allen unseren Mitgliedern und allen christlichen Menschen an Hand des täglichen Lebens erläutern, warum es in unserer sozialistischen Gesellschaft keinen Widerspruch zwischen den Interessen des einzelnen und den Interessen der Gesellschaft mehr geben kann. Im Vordergrund unseres gesellschaftlichen Lebens steht die Sorge und die Liebe um den Menschen. Hier begegnen sich christliche An-

liegen und sozialistischer Humanismus. In der sozialistischen Wirklichkeit unserer Tage wird der Wunsch vieler Generationen christlicher Menschen auf großartige Weise zur lebendigen Tat. Es gibt im Bezirksverband Berlin Freunde, die der Auffassung sind, diese großartige Perspektive sei dadurch eingeschränkt, weil das kollektive Leben und Handeln der Menschen im Sozialismus zu einer „Vermassung“ führe und mit der Preisgabe der Persönlichkeit des einzelnen verbunden sei. Aber zeigen die großartigen Leistungen unserer Wissenschaftler, zeigt die Vielfalt der schöpferischen Initiative der Werktätigen nicht, daß gerade durch die sozialistische Gemeinschaft sich die Persönlichkeit jedes einzelnen zum Wohl des Ganzen in einem nie gekannten Ausmaß entfaltet? Wahres Menschentum, vorbildliche Pflichterfüllung und Dienst am Nächsten – das sind Maximen, die das Handeln der Menschen in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit bestimmen.

Alle Werktätigen nehmen an unserem sozialistischen Aufbauwerk teil. Mit ihrer Arbeit und ihren Leistungen bei der Erfüllung unserer Wirtschaftspläne haben sich unsere Handwerker, Komplementäre und Gewerbetreibenden zu sozialistischen Werktätigen entwickelt. Man kann also heute logischerweise nicht mehr vom „Mittelstand“ sprechen. Darin kommt die Anerkennung für die Leistungen dieser Menschen beim Aufbau des Sozialismus zum Ausdruck, und darin spiegelt sich auch das Neue in unserer Entwicklung wider, in der alle Bürger eine feste politisch-moralische Einheit bilden. Heute kann auch die Arbeit der CDU nicht mehr von der Interessenvertretung einzelner Schichten aus entwickelt werden, heute müssen die umfassenden Aufgaben des Sozialismus Entscheidung und Verantwortung aller Mitglieder der CDU bestimmen.

Die XIII. Hauptvorstandssitzung wies auf den engen Zusammenhang zwischen der Lösung der ökonomischen Aufgaben und der notwendigen Überzeugung der Mitglieder hin. So wie unsere Mitglieder die Perspektive des sozialistischen Aufbaus und die Zusammenhänge der Entwicklung erkennen und begreifen, in dem Maße sind sie in der Lage, alle ihre schöpferischen Kräfte zur Lösung der durch den Volkswirtschaftsplan gestellten Aufgaben einzusetzen. Deshalb müssen wir in unserer künftigen Arbeit die Lösung der ökonomischen Aufgaben des Ortes oder der Stadt zum Ausgangspunkt unserer Arbeit machen und uns mit den im Wege stehenden politisch-ideologischen Vorbehalten auseinandersetzen.

Während sich in der Vergangenheit die meisten Bezirksverbände auf den verschiedensten Gebieten nur mit Einzelbeispielen begnügten und glaubten, damit ihrer Verpflichtung zur Stärkung unserer Volkswirtschaft nachgekommen zu sein, müssen wir heute mit aller Entschiedenheit die Forderung stellen: Einzelbeispiele zwingen die jeweiligen Vorstände, Maßnahmen einzuleiten, um sie in ihrem ganzen Bereich durchzusetzen und damit den ökonomischen Vorteil, den der eine Betrieb erreicht, durch die Einbeziehung aller Betriebe zu vervielfachen.

Uns ist bekannt, daß der von Unionsfreund Pannasch geleitete halbstaatliche Metallwaren- und Maschinenbaubetrieb stets durch neue, vorbildliche Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität einen verhältnismäßig hohen Nutzen erreicht. Überall benutzt der Bezirksverband Gera dieses Beispiel, aber er hat es einfach noch nicht verstanden, ähnliche oder gleichgelagerte Betriebe mit diesen Methoden vertraut zu machen und damit seinen Beitrag zu leisten, um den ökonomischen Nutzen mit der Übertragung dieses Beispiels zu erhöhen. Das ist auch gar nicht so einfach, denn das setzt voraus, daß die entsprechenden Freunde des Bezirksvorstandes in unserer Volkswirtschaft Bescheid wissen, daß sie die ökonomischen Gesetze beherrschen und die konkreten Schwerpunkte der Wirtschaftszweige, die das Gesicht ihres Bezirkes bestimmen, erkennen.

Dieses Beispiel zeigt, daß ein Sekretariat oder Vorstand mit gutem Willen allein nicht vorankommt, sondern stets an sich arbeiten muß, um auf der Höhe der ökonomischen Aufgaben zu stehen, daß qualifizierte Mitarbeiter auf diesem Gebiet erforderlich sind, daß aber vor allen Dingen die ehrenamtliche Mitarbeit, in diesem Falle im Aktiv Industrie, durch die Hinzuziehung weiterer Freunde aus der Wirtschaft verstärkt werden muß. Diesen Hinweis geben wir allen Bezirken. Hierbei sind die in Vorbereitung des VI. Parteitages bei der Arbeit der Zeitweiligen Kommissionen gesammelten Erfahrungen zu verwerten.

Ähnlich wie Gera hat es auch der Bezirksverband Magdeburg bisher nicht genügend verstanden, ehrenamtliche Freunde aus der Wirtschaft zur Mitarbeit hinzuzuziehen. Dadurch ist seit Anfang des vergangenen Jahres ein spürbarer Rückgang in der ökonomischen Wirksamkeit erkennbar. Die Mitarbeit in den meisten Arbeitsgruppen Komplementäre, Handwerker und Gewerbetreibende ist noch völlig ungenügend. Es wurden von den Vorständen Unionsfreunde „delegiert“, die man bei der Durchführung der Aufgaben weder angeleitet noch in einer anderen Weise unterstützt hat. Unsere Freunde in den Arbeitsgruppen in der Nationalen Front müssen entweder selbst Mitglieder der Vorstände sein oder zumindestens laufend von diesen angeleitet werden. Es gibt dazu im Bezirksverband zwar gute Beschlüsse, die zeigen, daß der Vorstand selbst diese Schwäche erkannt hat. Aber was nutzen diese Beschlüsse, wenn sie nicht kontrolliert und durchgesetzt werden.

In Dresden wurde im wesentlichen verstanden, worauf es jetzt ankommt. Der Bezirksvorstand hat für das 1. Halbjahr 1963 einen Maßnahmenplan beschlossen, der den Kreisverbänden und Ortsgruppen für ihre politisch-ideologische Arbeit und zu den Aufgaben auf ökonomischem Gebiet, zur Arbeit in der Nationalen Front, zum Politischen Studium und zur Weiterbildung sowie zur kulturellen Arbeit Hinweise gibt, wie sie diese Aufgaben durchzuführen haben. Zum Beispiel wird darin die Forderung gestellt, mit der weiteren Klärung der politisch-ideologischen Fragen eine Atmosphäre des stän-

digen Kampfes um die Erfüllung unserer ökonomischen Aufgaben zu erreichen. Das ist sehr richtig, denn entscheidend sind doch jetzt die meßbaren Taten in jedem Bereich unserer Wirksamkeit. Der Maßnahmenplan enthält den Hinweis, daß der Massenwettbewerb von den Kreisvorständen und Ortsgruppen nur dann genügend unterstützt werden kann, wenn ein enger Kontakt mit den Unionsfreunden aus allen Bereichen unserer Wirtschaft besteht, und orientiert auf die von mir schon genannten Schwerpunkte, auf die es bei diesem Massenwettbewerb ankommt. Ohne daß ich hier auf alle Punkte dieses Maßnahmenplanes eingehen kann, möchte ich doch allen Bezirksverbänden sehr dringend empfehlen, in Auswertung des VI. Parteitages der SED gleichfalls sofort zu überprüfen, ob die bisherigen Methoden der Anleitung ihrer Verbände ausreichen und, wo das nicht der Fall ist, sofort entsprechende Ergänzungen vorzunehmen.

Richtig macht es auch der Bezirksverband Erfurt, der die Kreisverbände verpflichtet hat, sich in den Vorstandssitzungen laufend über die Wirksamkeit unserer Mitglieder in ihren Betrieben berichten zu lassen. Diese Berichterstattung wird vor allem von Unionsfreunden aus solchen Betrieben gefordert, in denen Schwierigkeiten bei der Planerfüllung zu erwarten sind oder in denen besonders vorbildliche Arbeitsmethoden zur Anwendung kommen. Natürlich hat das zur Voraussetzung, daß die Vorstände über die Situation in den wichtigsten Betrieben ihres Territoriums unterrichtet sind. Soweit das noch nicht der Fall ist, müssen wir es ihnen zur Pflicht machen, mit dem Wirtschaftsrat in regelmäßigen Abständen informativische Gespräche zu führen und mit den leitenden Wirtschaftsfunktionären Kontakt aufzunehmen.

Durch die Übertragung fortschrittlicher Arbeitsmethoden und die Ausnutzung der modernsten Technologie und Arbeitsorganisation, die Durchführung sozialistischer Wettbewerbe und die Einflußnahme auf die Arbeitsmoral muß auch in den Privatbetrieben ein Produktionsniveau erreicht werden, das den modernsten Anforderungen entspricht. Für die Durchsetzung des technischen Höchststandes in diesen Betrieben ist die Einbeziehung in das System der Leitbetriebe und Erzeugnisgruppen der volkseigenen Wirtschaft besonders wichtig. Von großer Bedeutung ist der Erfahrungsaustausch innerhalb der Erzeugnisgruppen mit den anderen Betrieben der örtlichen Industrie.

Die wichtigste Aufgabe der Betriebe mit staatlicher Beteiligung und der privaten Industrie ist die rationelle, qualitäts- und sortimentsgerechte Produktion von Konsumgütern sowie die Beteiligung am Außenhandel mit Waren höchster Qualität.

Unsere Vorstände haben den Betrieben anleitend und beratend behilflich zu sein, diese Aufgaben in enger Gemeinschaft mit den sozialistischen Betrieben durchzuführen. Es wird im wesentlichen von der Zusammenarbeit mit den volkseigenen Betrieben abhängen, in welchem Umfange es gelingt, sozialistische Leitungs- und Arbeitsmethoden durchzusetzen, sozia-

listische Wettbewerbe zu organisieren und mit der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung unserer gesamten Volkswirtschaft Schritt zu halten. Gegenwärtig erfordert die Einführung der vereinfachten Betriebsplanung in diesen Betrieben unsere besondere Unterstützung.

Von der Parteileitung wurden in Auswertung des VI. Parteitages die Vorteile untersucht, die sich aus der Zusammenlegung mehrerer halbstaatlicher Betriebe ergeben, und dazu einige Prinzipien erarbeitet. Die Erfahrungen, die nach solchen Zusammenlegungen von den Betrieben Synthetex KG, in dem Ufrd. Ernst Stillger als Komplementär arbeitet, Oscar Heine KG mit Ufrd. Riedel und Schmidt KG mit unserem Kreisvorsitzenden, Ufrd. Schmidt aus Wittenberg, gesammelt wurden, besagen, daß durch die größere Betriebseinheit die Produktion spezialisiert und die Technik weit besser ausgenutzt werden kann als vorher, daß wesentliche Kosteneinsparungen durch die Reduzierung des Verwaltungsapparates erreicht wurden und es nach der Zusammenlegung schneller möglich war, sozialistische Arbeitsmethoden durchzusetzen sowie kulturelle und soziale Verbesserungen für die Arbeitskräfte durchzuführen. Die ehemaligen Betriebsinhaber übernehmen in der neuen Gemeinschaft leitende Funktionen, die eine noch bessere Entfaltung ihrer Fähigkeiten ermöglichen. Der wesentlichste Vorteil dieser Zusammenlegung wird jedoch durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität und Leistungserhöhung erreicht. So konnte z. B. die Synthetex KG nach der Zusammenlegung ihren Umsatz vervielfachen.

Auf dem Gebiet des Handels haben wir festgestellt, daß bei einem großen Teil unserer Vorstände gegenwärtig noch Unklarheiten über den Hauptinhalt des sozialistischen Wettbewerbs im Handel bestehen. Sie müssen aber wissen, daß es dabei um die größere Einflußnahme des Handels auf die Produktion durch die Verbesserung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Einzelhandel, Großhandel und Produktion geht. Durch die Erweiterung der Direktbeziehungen sind feste Bindungen zu den Erzeugern herzustellen und diese zu nutzen, um die berechtigten Sortiments- und Qualitätsforderungen der Bevölkerung durchzusetzen. Der Handel muß bei den Produktionsbetrieben darauf einwirken, daß diese nur noch Erzeugnisse herstellen, die zweckmäßig, modern, haltbar und schön sind. Diese Einflußnahme ist durch die aktive Mitarbeit unserer Bevölkerung in den Einkaufs- und Fachkollektiven sowie den Verkaufsstellenausschüssen des sozialistischen Handels zu unterstützen.

Mit Recht hat Ufrd. Waldmann aus Worbis darauf hingewiesen, daß die privaten Einzelhandelsbetriebe diese Aufgaben am besten in enger Zusammenarbeit mit den sozialistischen Handelsbetrieben lösen können, wobei diese Zusammenarbeit nicht nur auf ökonomischem, sondern auch auf kulturellem und sozialem Gebiet vorteilhaft ist.

Zum anderen geht es um die Nutzbarmachung aller geschaffenen Werte durch die Senkung der Handelsverluste

beim Verkauf und bei der Lagerhaltung, die Beschleunigung des Warenumschlages und die Anwendung fortschrittlicher Handelsmethoden mit einer hohen Rentabilität. Es genügt auch im Handel nicht mehr, nur einzelne Beispiele zu organisieren. Der Bezirksverband Karl-Marx-Stadt hat z. B. mit dem Ufrd. Thomas aus Zwickau ein solches Musterbeispiel, das bei jeder Gelegenheit vorbildlich ist. Was aber macht der Bezirksverband aus diesem Beispiel? Hat er damit gearbeitet? Hat er dafür gesorgt, daß die Erfahrungen des Freundes Thomas ausgewertet wurden? Uns ist noch nichts davon bekannt geworden.

Im Handwerk ist die Erhöhung der Reparatur- und Dienstleistungen als wichtigste Aufgabe zu betrachten. Unser Kreissekretär in Cottbus-Stadt hat dazu die Auffassung vertreten, daß von den etwa 20 vorhandenen Einzelhandwerkern seines Kreisverbandes keine höheren Leistungen zu erwarten seien. Offensichtlich hat unser Kreissekretär mit diesen Handwerkern nur wenig Kontakt; denn sonst hätten ihm die Handwerker von selbst einige Hemmnisse sagen können, an deren Beseitigung unsere Vorstände zur Erhöhung der Reparaturen und Dienstleistungen mitarbeiten müssen. Damit unsere Freunde den Handwerkern die notwendige Hilfe und Unterstützung geben können, müssen sie wissen, daß es gegenwärtig besonders darauf ankommt, die zahlreich vorhandenen Möglichkeiten der Kleinmechanisierung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu nutzen.

Der Bezirksverband Suhl hat z. B. die Bildung eines Entwicklungskollektivs mehrerer PGH vorgeschlagen, dessen Aufgabe es ist, die besten Erfahrungen aus den PGH bei der Durchsetzung des technischen Fortschritts zu vermitteln, Neuentwicklungen schneller den einzelnen Genossenschaften zu übergeben und die Vorschläge der Neuerer und Aktivisten auszuwerten. Die Arbeitsproduktivität kann im Bauhaupt- und -nebenhandwerk besonders durch die Bildung von Reparaturbereichen gesteigert werden. Unser Kreisverband Döbeln, der das rechtzeitig erkannte, leistete dabei im Rahmen der Nationalen Front eine vorbildliche Unterstützung. In Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat und den übrigen Parteien wurde die durchgängige Reparatur ganzer Straßenzüge und Wohnkomplexe organisiert.

Dabei sind nicht alle Handwerker sofort bereit, mit anderen Betrieben zusammenzuarbeiten. Bei ihrer Gewinnung für diese Form der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit müssen nicht nur ökonomische Schwierigkeiten, sondern vor allem auch ideologische Unklarheiten überwunden werden. Eines der Argumente, mit denen sich unser Ufrd. Nützold auf der Bezirksdelegiertenkonferenz in Karl-Marx-Stadt auseinandersetzte, ist die Meinung mancher Handwerker, „für mich und meine Frau langt es, warum sollen wir also mehr tun“.

Dieses Argument ist vor allem deshalb so kläglich, weil unsere Regierung das Handwerk durch das Gesetz zur Förderung des Handwerks, durch Steuervergünstigungen, Preis-

anordnungen usw. in großzügiger Weise unterstützt hat. Das Handwerk konnte seine Leistungen seit 1954 von 6,8 Mrd. DM auf über 10 Mrd. DM bis 1961 erhöhen. Jene Handwerker sollten sich daran erinnern, daß unter den Bedingungen des westdeutschen Konkurrenzkampfes, dem in den letzten Jahren jährlich durchschnittlich 10 000 Handwerker zum Opfer gefallen sind, es für ihn und seine Frau wahrscheinlich nicht reichen würde.

Ebenso wie in den übrigen Zweigen gilt es natürlich auch im Handwerk, moderne Arbeitsmethoden durchzusetzen und z. B. durch die Anwendung des Takt- und Fließsystems die Arbeitsproduktivität zu steigern. Mehr als bisher sollten auch die Handwerksbetriebe aller Eigentumsformen für die Verbesserung der Qualität ihrer Arbeit und die Übernahme von Garantieverpflichtungen gewonnen werden.

In den PGH ist besonders die Durchsetzung sozialistischer Leitungs- und Arbeitsmethoden zu unterstützen. Dazu sind Erfahrungsaustausche mit anderen guten Genossenschaften und Werkträgern aus volkseigenen Betrieben zu organisieren. Eine wichtige Aufgabe der PGH ist außerdem die Durchsetzung des sozialistischen Leitungsprinzips. Einige Genossenschaftshandwerker haben die Frage an uns gerichtet, warum ab 1. Januar 1963 die PGH-Besteuerung eingeführt wurde und einige Veränderungen in der Besteuerung der Genossenschaftsmitglieder erfolgt sind.

Das neue PGH-Steuergesetz wurde – im Gegensatz zu den Auffassungen einiger Handwerker aus den Bezirken Erfurt, Leipzig und Schwerin – sehr eingehend unter Mitwirkung von Genossenschaftshandwerkern beraten. Die Grundsätze der Besteuerung haben auch mehrfach im Arbeitskreis Handwerk des Hauptvorstandes zur Diskussion gestanden. Ich möchte diese demokratische Art der Erarbeitung des Gesetzes besonders hervorheben. Die Besteuerung war vor allem aus folgenden Gründen erforderlich:

1. Die neue Besteuerung entspricht der Verantwortung der PGH gegenüber der gesamten Volkswirtschaft, von deren Entwicklung auch die Entwicklung der PGH abhängig ist.

2. Die neue Besteuerung entspricht der tatsächlichen ökonomischen Situation unserer PGH, die sich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt haben.

3. Es ist gegenüber der übrigen Bevölkerung gerecht, daß sich jetzt auch die Genossenschaften an der Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Fonds beteiligen.

4. Es war erforderlich, die Mehrleistungsbesteuerung der Mitglieder zu ändern, um damit die Einführung realer Abrechnungsnormen in den PGH zu erleichtern.

Das Nettoeinkommen der meisten Genossenschaftshandwerker bleibt auch nach der Besteuerung höher als der durchschnittliche Nettolohn für gleiche Leistungen in den volkseigenen Betrieben.

Die Handwerksproduktionsgenossenschaften haben die günstigsten Voraussetzungen zur Steigerung der Arbeitsproduk-

tivität und haben ihre Überlegenheit gegenüber den individuell arbeitenden Handwerkern bei der Steigerung der Produktion und der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Reparaturen eindeutig bewiesen. Die Arbeitsproduktivität in den PGH lag 1961 um 10,6 Prozent höher als im Einzelhandwerk. In diesen Wochen werden die Jahreshauptversammlungen der PGH und ELC durchgeführt. Dabei müssen vor allem solche Fragen beraten werden:

Wie können in enger Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der Nationalen Front die Reparatur- und Dienstleistungen mit Hilfe der Kleinmechanisierung und der Anwendung von Neuerermethoden, z. B. durch die Durchsetzung komplexer Reparaturarbeiten, in stärkerem Umfang als bisher gesteigert werden?

Welche Bestwerte gibt es und welche Erfahrungen können aus der sozialistischen Industrie übernommen werden für die Erarbeitung realer Arbeits- und Materialverbrauchsnormen? Ich fasse zusammen:

Jeder Unionsfreund, gleichgültig in welcher Eigentumsform er arbeitet und an welchen Platz er gestellt ist, muß sich die Frage vorlegen: „Was kann ich persönlich zur Steigerung der Arbeitsproduktivität – zur Erreichung höherer Leistungen mit dem geringsten Aufwand an Arbeitskraft und Material tun?“

Es gilt jetzt, die Einstellung zu unserer Republik und damit zum konsequenten Aufbau des Sozialismus durch die aktive Mitarbeit zu beweisen. Es geht jetzt nicht nur darum, etwas, sondern alles für die Stärkung unserer Republik zu tun, ehrlich zu arbeiten, und zwar mit der fortgeschrittensten Technik und dem geringsten Aufwand an Arbeitskraft und Material, nicht nur quantitativ den Plan zu erfüllen, sondern mit Erzeugnissen von hoher Qualität und Weltniveau.

Es geht auch für unsere Vorstände nicht darum, unsere Mitglieder für irgendwelche Verpflichtungen zu gewinnen, sondern für Verpflichtungen, die aus dem jeweiligen Stand der Planerfüllung des Betriebes abzuleiten sind und die uns helfen, die auf dem VI. Parteitag gestellten Schwerpunkte zu erfüllen.

Die Breite unserer Aufgaben auf wirtschaftspolitischem Gebiet darf keinen Vorstand zur Oberflächlichkeit verleiten. Man muß seine Kräfte und Möglichkeiten richtig einschätzen. Entscheidend für die erfolgreiche Arbeit der Vorstände ist nicht die Summe der aufgegriffenen Probleme, sondern der erreichte Nutzen zur Stärkung der ökonomischen Grundlagen unserer Republik. Die Vorstände müssen auf Grund des Erfüllungsstandes des jeweiligen Volkswirtschaftsplanes in ihrem Territorium die Schwerpunktaufgaben erarbeiten und anpacken. Es kann gar nicht anders sein, als daß die Schwerpunkte übereinstimmen mit den Aufgaben der jeweiligen Ausschüsse der Nationalen Front, in denen die Arbeit koordiniert werden muß. Dabei dürfen wir uns jedoch nicht auf die hauptamtlichen Kräfte beschränken, sondern müssen in entscheidendem

Maße unsere ökonomische Wirksamkeit durch die Verstärkung der ehrenamtlichen Mitarbeit erhöhen.

Grundsätzlich sind zu den Vorstandssitzungen über wichtige wirtschaftspolitische Fragen die verantwortlichen Wirtschaftsfunktionäre unserer Partei aus dem Staatsapparat, der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer beratend hinzuzuziehen. Von größter Bedeutung aber ist die Einbeziehung der Aktivisten, Neuerer und leitenden Funktionäre aus den volkseigenen Betrieben. Entsprechend ihren Wirkungsbereichen in der sozialistischen Wirtschaft sind sie künftig zu allen Beratungen der Industrie, des Handels und des Handwerks einzuladen. Es ist zu gewährleisten, daß die Bezirkswirtschaftsaktivs um diese Unionsfreunde ergänzt werden.

Die so erweiterten Wirtschaftsaktivs sind die beratenden und mithelfenden Gremien für unsere Vorstände. Es ist zu sichern, daß sie ihre Beratungen kontinuierlich durchführen. Mit Hilfe der ehrenamtlichen Freunde ist die Anleitung der Kreise zu verbessern. Die in Vorbereitung des VI. Parteitages der SED zur Verbreiterung der ehrenamtlichen Mitarbeit gebildeten zeitweiligen Arbeitskommissionen werden zu ständigen Einrichtungen.

Die Verwirklichung der Aufgaben auf ökonomischem Gebiet, die maximale Nutzung aller technischen und natürlichen Möglichkeiten zum umfassenden Aufbau des Sozialismus verlangen, daß die organisierende Funktion des Staatsapparates in weit höherem Maße als bisher an Bedeutung gewinnt. Die staatliche Leitung muß daher die Vorgänge in den einzelnen Wirtschaftsbereichen viel stärker durchdringen, um die objektiven Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Entwicklung besser ausnutzen zu können. Das ist mit den althergebrachten und allgemeinen Leitungsmethoden nicht möglich.

Leitung nach dem Produktionsprinzip bedeutet Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Organisation und Leitung unserer nationalen Wirtschaft nach den modernsten Erkenntnissen der Wissenschaft. Für die Staatsfunktionäre bedeutet das erhöhte politische und wissenschaftliche Kenntnisse, damit eine exakte Leitung der ökonomischen Vorgänge gesichert und zugleich die schöpferische Initiative der Werktätigen geweckt wird.

Unseren Vorständen erwächst damit eine hohe Verantwortung. Sie müssen den Staatsfunktionären helfen, ein umfassendes Fachwissen zur besseren Lösung ihrer Aufgaben zu erlangen, und ihnen Erfahrungen im breitesten Maße vermitteln. Sie müssen die Staatsfunktionäre in die Beratungen über ökonomische Aufgaben einbeziehen, um ihnen bei der Lösung ihrer Aufgaben zu helfen und zugleich ihre Erfahrungen für die Arbeit unserer Partei nutzbar zu machen.

Zugleich geht es darum, auch die Unionsfreundinnen und Unionsfreunde, die für eine Funktion im Staatsapparat vorgesehen sind, durch die Delegation an die Zentrale Schulungsstätte oder an ein anderes Ausbildungsinstitut für ihre

Aufgabe zu qualifizieren. Der Bezirksvorstand Potsdam gab in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel, als er den Ufrd. Erich Hoffmann bei seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Ständigen Kommission Handel und Versorgung des Bezirkstages unterstützte und ihn durch die Delegation zum Fernstudium für seine jetzige Tätigkeit als Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Handel und Versorgung qualifizierte. Ein schlechtes Beispiel ist der Ufrd. Bläsing aus Rostock, der durch den Vorstand wenig Unterstützung bei seinem Fernstudium hatte, sein Studium vernachlässigte und nunmehr exmatrikuliert werden mußte.

Die Qualifizierung unserer Freunde erstreckt sich nicht nur auf die hauptamtlichen Mitarbeiter, sondern muß die ehrenamtlichen Mitarbeiter in den gesellschaftlichen Organen mit einbeziehen, weil ihnen in Zukunft in weit stärkerem Maße Aufgaben staatlicher Organe übertragen werden. Dafür aber müssen Freunde mit guten fachlichen Kenntnissen und Erfahrungen gewonnen werden. Daß sie ein klares politisches Bewußtsein besitzen, ist selbstverständliche Voraussetzung.

Das zeigt z. B. die Mitarbeit auf dem Gebiet unserer sozialistischen Rechtspflege, die durch den Staatsratserlaß weiter entwickelt werden wird. Durch den Erlaß werden den Konfliktkommissionen und den neu zu bildenden Schiedskommissionen große Aufgaben bei der Erziehung der Bürger zu Gliedern der Gesellschaft übertragen, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind und die Grundsätze der sozialistischen Moral achten. Jeder Bürger soll sich im Betrieb und im Wohngebiet für die Einhaltung des sozialistischen Rechts verantwortlich fühlen und helfen, Gesetzesverletzungen zu verhüten. Die Mitarbeit in den Konflikt- und Schiedskommissionen verlangt von allen unseren Unionsfreunden umfassende Kenntnisse über die Gesetze der sozialistischen Entwicklung.

Ein anderes Beispiel sind die Ständigen Kommissionen für Gesundheitswesen, denen die Leitung des Gesundheitswesens übertragen wird. Durch exakte Beschlußfassung, Durchführung und Kontrolle werden sie unmittelbar für die Entwicklung unseres sozialistischen Gesundheitswesens verantwortlich sein. Das setzt ebenfalls hohe Fachkenntnisse voraus.

Eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe erwächst unseren Vorständen daraus, bei der Bildung der Landwirtschaftsräte solche Unionsfreunde für die ehrenamtliche Mitarbeit zu gewinnen, die über umfassende agrarwissenschaftliche Kenntnisse und Erfahrungen verfügen und fähig sind, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bei der Erfüllung ihrer Produktionsaufgaben anzuleiten. Deshalb müssen wir sofort Maßnahmen zur schnellen Qualifizierung dieser Freunde einleiten.

Das Hauptziel des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der Landwirtschaft besteht darin, die Bevölkerung besser mit Nahrungsmitteln und die Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen aus der eigenen Produktion zu versorgen. Bis 1970 wollen wir, bei steigendem Verbrauch, die Versorgung unse-

rer Bevölkerung mit tierischen Erzeugnissen aus der eigenen Landwirtschaft erhöhen. Dieses Ziel können wir erreichen. Das zeigen uns die Produktionsergebnisse, die unsere fortgeschrittensten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bereits erreicht haben. Die Arbeit aller Parteiverbände muß jetzt darauf gerichtet sein, mitzuhelfen, die Leistungen sämtlicher LPG an das Niveau der Spitzenbetriebe heranzuführen.

Die Hauptaufgabe ist die richtige Leitung der Landwirtschaft. Sie muß in einer solchen Weise erfolgen, daß die fortgeschrittensten wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse mit den besten Erfahrungen der Genossenschaftsbauern vereinigt werden und in allen LPG die Arbeit entsprechend dem Statut gut organisiert wird. Dazu ist die schöpferische Initiative aller Genossenschaftsbauern erforderlich. Der sozialistische Wettbewerb ist die beste Methode zur richtigen Leitung der LPG. Heute geht es nicht mehr um allgemeine Verpflichtungen. Jede LPG muß die Probleme aufgreifen und lösen, die unter ihren Bedingungen eine maximale Steigerung der Produktion, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und eine kontinuierliche Planerfüllung ermöglichen. Alle Mitglieder unserer ländlichen Ortsgruppen müssen die LPG ihres Ortes dabei unterstützen. Überall muß man prüfen: Wo liegen unsere Reserven? Wie können wir sie nutzen? Was hemmt die gute genossenschaftliche Arbeit? Welche Aufgaben ergeben sich daraus für jedes einzelne Mitglied? Mit Hilfe des Wettbewerbes werden alle Genossenschaftsmitglieder in die Leitung der LPG einbezogen; so wird die Tätigkeit der gewählten Leitungsorgane am besten mit der Initiative der Mitglieder verbunden.

Der Bürgermeister der Gemeinde Garlitz, Kreis Rathenow, Ufrd. Schabrodt, erläuterte kürzlich, wie in seiner Gemeinde mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs das Leistungsprinzip konsequent durchgesetzt und die Interessen der einzelnen Mitglieder mit denen der LPG in richtiger Weise verbunden werden.

Hier wird der Plan auf die Brigaden und das einzelne Mitglied so aufgeschlüsselt, daß jeder seinen eigenen Anteil zur täglichen Planerfüllung genau kennt. Die Abrechnung und damit auch die Vergütung und Prämierung erfolgen nach Menge und Qualität der Erzeugnisse. Für jede Getreideeinheit Futter, die z. B. bei der Schweinemast eingespart wird, erhält der Tierpfleger 20,- DM. Erreicht er mit der vorgeschriebenen Futtermenge und Zeiteinheit ein höheres Gewicht als 120 kg, so erhält er für jedes weitere Kilogramm 2,- DM.

Durch solche Regelungen werden die Mitglieder bei richtiger Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit zu höheren Leistungen angespornt. Das ist zugleich ein guter Anreiz für sie, sich neue Kenntnisse anzueignen und sich zu spezialisieren, weil sie dadurch noch besser im Interesse der Genossenschaft und zu ihrem eigenen Vorteil arbeiten können.

Für die vorgesehene Erhöhung der Hektarerträge und die Erreichung der Planziele in der tierischen Produktion ist die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit von entscheidender Bedeutung. Gegenwärtig werden in vielen LPG die Erkenntnisse der Wissenschaft sowie die besten Erfahrungen der fortgeschrittensten Genossenschaften noch nicht genügend zur Steigerung der Hektarerträge genutzt. Manche Bauern verhalten sich gegenüber den Empfehlungen der Wissenschaft skeptisch. Sie berufen sich dabei auf ihre früheren Arbeitsmethoden in der einzelbäuerlichen Wirtschaft und meinen, daß sie damit doch auch recht gute Erträge erzielt hätten. Aber das genügt heute nicht mehr. Unter den Bedingungen der modernen sozialistischen Großproduktion geht es in der Landwirtschaft nicht um die Produktionssteigerung schlechthin. Es geht vielmehr um die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes in der Feld- und Viehwirtschaft. Die Landwirtschaft muß ihren Beitrag zur ökonomischen Stärkung unserer Republik leisten und alles tun, um die wachsenden Bedürfnisse unserer Bevölkerung nach hochwertigen Nahrungsmitteln besser als bisher zu befriedigen. Deshalb müssen sich alle Ortsgruppen dafür einsetzen, daß in jeder Gemeinde ein Programm zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit erarbeitet und konsequent durchgeführt wird.

Ein gutes Beispiel, wie – nach dem Vorbild der Gemeinde Röblingen – alle Einwohner des Dorfes zur aktiven Unterstützung der LPG gewonnen und zugleich auch in die Verwirklichung solcher spezifischen Aufgaben einbezogen werden können, gibt die Ortsgruppe Domsdorf im Kreise Cottbusland. Auf ihre Initiative wurde ein Programm erarbeitet, im Ausschuß der Nationalen Front sowie mit der gesamten Bevölkerung beraten und durch die Gemeindevertretung inzwischen zum Beschluß erhoben. Es sieht exakte Maßnahmen z. B. für die Überarbeitung des Anbauverhältnisses, die Einhaltung einer wissenschaftlichen Fruchtfolge, den verstärkten Zwischenfruchtanbau usw. vor und schließt zugleich die gesamte Bevölkerung in die Durchführung der Meliorationen und anderer bodenverbessernder Aufgaben ein. Solche Initiativen müssen wir überall unterstützen. Manche Dorfbewohner fragen uns: „Was geht uns die Entwicklung der LPG an? Das ist doch Sache der Mitglieder.“ Ihnen sagen wir, daß die Aufgaben der LPG auch die Aufgaben der Nationalen Front und damit aller gesellschaftlichen Kräfte und der gesamten Bevölkerung sind. Das sozialistische Dorf kann nur durch die gemeinsame Tat aller gesellschaftlichen Kräfte und aller Einwohner des Dorfes verwirklicht werden. Es liegt also in ihrem eigenen Interesse, die LPG zu fördern. Das ist die entscheidende Erkenntnis, die uns das Röblinger Programm vermittelt hat.

Auf dem Gebiete der tierischen Produktion kommt es darauf an, die Viehbestände planmäßig zu vergrößern und die Leistungen unserer Nutztiere systematisch zu erhöhen. Wichtigster Schwerpunkt ist hier die Steigerung der Milchproduktion. Wir erreichen dadurch sowohl eine bessere Versorgung

der Bevölkerung mit Milch und Milcherzeugnissen, als auch eine größere Bereitstellung von Magermilch zur Verfütterung in der Schweine- und Geflügelhaltung. Mehr Milch bedeutet deshalb zugleich mehr Fleisch. Die Fleischproduktion wird dadurch billiger. In dem Maße, wie wir durch die Erhöhung der Milchproduktion und auf andere Weise in der Schweinemast die gegenwärtig noch bestehende Eiweißlücke schließen, wird es möglich, die Mastzeit zu verkürzen. Dadurch sparen wir pro Tier erhebliche Mengen an Kraft- und Grundfutter ein.

Die LPG in Medessen, Kreis Großenhain, die von dem Meisterbauer und verdienten Züchter, Ufrd. Heinz Köhler, geleitet wird, ist schon vor einigen Jahren in der Milchleistung pro Kuh an die Weltspitze vorgestoßen. Auf der Grundlage einer hohen Milchproduktion sowie durch die ordnungsgemäße Haltung, Pflege und Fütterung und durch eine systematische Züchtungsarbeit hat sie gleichzeitig beachtliche Erfolge in der Schweinehaltung erreicht. Im Jahre 1962 ist es ihr gelungen, die Mastzeit von acht auf sieben Monate bei einem durchschnittlichen Ablieferungsgewicht von 122 kg je Tier zu verringern. Durch rationelle Fütterungsmethoden erzielen die Medessener während der letzten Mastperiode – also zwischen 80 und 120 kg Lebendgewicht – eine tägliche Gewichtszunahme von durchschnittlich 950 Gramm je Tier.

In den vergangenen Jahren hat der Bezirksverband Dresden wiederholt die guten Leistungen dieser LPG zum Anlaß genommen, aktive Unionsfreunde aus der Landwirtschaft nach Medessen zum Erfahrungsaustausch einzuladen. Dadurch wurde auch den übrigen Kreisverbänden die Möglichkeit gegeben, die Methoden dieser fortgeschrittenen Genossenschaft kennenzulernen und in ihrem Wirkungsbereich auszuwerten. Leider ist das jetzt nicht geschehen. Aber das ist doch gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt außerordentlich wichtig, weil es darauf ankommt, die Schweinefleischproduktion zu erhöhen, um die Versorgung unserer Bevölkerung zu verbessern.

Alles, was wir in diesem Jahre bei der Steigerung der pflanzlichen und tierischen Produktion erreichen wollen, hängt entscheidend von einer guten Durchführung der Frühjahrsbestellung ab. Sie wird die erste Bewährungsprobe im Wettbewerb 1963 sein. Bekanntlich wird der Ertrag der einzelnen Kulturen sehr wesentlich von der korrekten Einhaltung der günstigsten agrotechnischen Termine bestimmt. Das ist in diesem Jahr keine einfache Aufgabe. Der tiefgefrorene Boden wird sich nur allmählich erwärmen, so daß das Schmelzwasser nur langsam absickern kann. Auch sind die Frostschäden auf den mit Wintersaaten bestellten Flächen noch nicht zu übersehen. Aus diesen Gründen dürfen bei den Bestellarbeiten keine ungerechtfertigten Verzögerungen zugelassen werden. Grundsatz muß sein: So früh wie möglich bestellen, alle Arbeiten so rasch wie möglich und in hoher Qualität durchführen. Ich appelliere deshalb an alle unsere ländlichen Ortsgruppen: Die vorangeschrittene Zeit und die komplizierten Bedingungen erfordern, daß bis zum Tage der Bereitschaft in jeder MTS/RTS und in jedem Betrieb die gesamte Technik ein-

satzbereit ist. Das gilt auch für die Alttechnik. Helft, daß alle Rückstände im Reparaturprogramm in den nächsten Tagen aufgeholt werden! Gewinnt genügend Schichtfahrer, damit alle Maschinen und Geräte rationell ausgenutzt werden! Sorgt dafür, daß das Saat- und Pflanzgut termingerecht bereitsteht! Um den Frostschäden auf den mit Wintersaaten bestellten Flächen zu begegnen, muß in jedem Betrieb eine Saatgutreserve zurückgelegt werden.

In der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus kommt es darauf an, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus besser auszunutzen und eine neue Qualität der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen. Dabei sind wir uns der Tatsache bewußt, daß der Übergang von der individuellen zur genossenschaftlichen Arbeitsweise ein langer und komplizierter Prozeß ist. Auch die fähigsten der ehemaligen Einzelbauern mußten erkennen, daß die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft nicht einfach die Summe der in ihr vereinigten ehemaligen Einzelbetriebe ist. Sie mußten einsehen, daß auch der tüchtigste Bauer, der bis dahin seinen Betrieb vorbildlich geleitet hat, noch sehr viel dazulernen muß. Deshalb handelten unsere Freunde in der Ortsgruppe Naundorf, Kreis Forst, richtig, die fast sämtlich die vielfältigen Qualifizierungsmöglichkeiten nutzen, um sich neue wissenschaftlich-technische Kenntnisse anzueignen. „Bauern sind wir zwar alle von Kind auf“, erklärte der Vorsitzende der Naundorfer LPG, Ufrd. Gerhard Rattei, „aber zur Leitung einer Genossenschaft gehört bedeutend mehr.“ Er und ein weiterer Unionsfreund qualifizierten sich zu staatlich geprüften Landwirten. Sieben Mitglieder erwarben die Fahrerlaubnis als Traktoristen, andere nahmen an Speziallehrgängen teil, und fast die gesamte Mitgliedschaft beteiligte sich an der während der Wintermonate durchgeführten bäuerlichen Massenschulung.

Falsch handelten dagegen unsere Freunde in der Ortsgruppe Zollkow, Kreis Parchim. Sie resignierten vor der Kompliziertheit der Aufgaben und kamen dabei zu der Feststellung, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft „hätte eben nicht so schnell erfolgen sollen“. Im Gegenteil! Wir können heute auf Grund der erreichten Fortschritte feststellen, daß es sogar besser gewesen wäre, wenn der Übergang aller Bauern zur genossenschaftlichen Wirtschaftsweise bereits einige Jahre vor 1960 abgeschlossen worden wäre. Dann hätten wir nämlich jetzt bereits viele Probleme und auch einige Schwierigkeiten, die dabei in jedem Fall auftreten, schon längst gelöst. Andererseits können wir sehr wohl nachweisen, daß sich der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft zum Beispiel bei der Überwindung der witterungsbedingten Erschwernisse des vergangenen Jahres sehr vorteilhaft ausgewirkt hat. Trotz fast vier Wochen späteren Beginns des Frühjahrs wurde die Frühjahrsbestellung zum gleichen Zeitpunkt wie in normalen Jahren durchgeführt, aber – und das ist das Entscheidende – in vier Wochen gegenüber acht bis neun Wochen in der zurückliegenden Zeit. Jeder Bauer weiß aus eigener Erfahrung, daß man kleine Flächen nicht

mit modernen Vollerntemaschinen bearbeiten kann und daß auch die weitere Erhöhung der tierischen Produktion nur durch den Übergang zu modernen Methoden der Großproduktion erreicht wird. Um die großen Möglichkeiten und Vorteile der sozialistischen Großproduktion umfassend zu nutzen und auch in der Landwirtschaft die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, ist es notwendig, daß unsere Genossenschaftsbauern den wissenschaftlich-technischen Fortschritt kennen und lernen, ihn anzuwenden. Er ist der Schlüssel zur Erreichung des internationalen Höchststandes auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Produktion.

In den Genossenschaften vom Typ I geht es vor allem darum, eine gute genossenschaftliche Arbeit zu entwickeln und schrittweise die besten Erfahrungen der Mitglieder, verbunden mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen, in der gesamten Genossenschaft zur Anwendung zu bringen. Durch den Aufbau einer genossenschaftlichen Viehhaltung, besonders der genossenschaftlichen Jungviehaufzucht, die Erhöhung der Produktion und die Stärkung der genossenschaftlichen Fonds sollen diese Genossenschaften den kontinuierlichen Aufbau aus eigener Kraft vollziehen. In einigen Ortsgruppen des Bezirksverbandes Cottbus wurde von Mitgliedern der LPG Typ I die Frage gestellt: „Wenn wir jetzt von der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus sprechen, müssen wir dann in absehbarer Zeit zum Genossenschaftstyp III übergehen?“ Diese Frage hat der VI. Parteitag der SED klar und unmißverständlich beantwortet. Der Übergang zu einem höheren Typ der genossenschaftlichen Produktion wird sich in Verbindung mit der Anwendung modernster Produktionsmethoden durch den eigenen Entschluß der Genossenschaftsbauern allmählich vollziehen. Kein staatliches Organ, niemand, außer den Mitgliedern der Genossenschaft selbst, hat das Recht, darüber zu entscheiden oder gar administrative Anordnungen zu geben.

Wir betrachten es als einen guten Erfolg unserer Arbeit, daß es uns gelungen ist, fast sämtliche Bäuerinnen, die unserer Partei angehören, sowie die parteilosen Frauen von Unionsfreunden aus der Landwirtschaft als Mitglied für die LPG zu gewinnen. Jetzt kommt es darauf an, daß sich dieses Beispiel über die Ausschüsse der Nationalen Front in zweifacher Hinsicht auswirkt. Einmal geht es darum, alle Bäuerinnen, die doch früher oft das Rückgrat der einzelbäuerlichen Betriebe waren, für die Genossenschaft zu gewinnen. Auf ihre Erfahrungen und ihre Mitarbeit können wir in keiner LPG verzichten. Zum anderen müssen wir erreichen, daß die Genossenschaftsbäuerinnen mehr Einfluß auf die Leitung und Organisation der genossenschaftlichen Produktion nehmen.

Welch große Kraft die Initiative der Genossenschaftsbäuerinnen darstellt, zeigt das Beispiel unserer Ortsgruppe Jänickendorf, Kreis Luckenwalde. Dort hat sich Unionsfreundin Schramm im Rahmen des Massenwettbewerbs verpflichtet, als Melkerin die Milchproduktion um 272 dt zu steigern. Die

Unionsfreundin Benthin, die für die Betreuung des Jung-rinderstalles verantwortlich ist, wird 70 dt Rind über den Plan auf den Markt bringen. Eine weitere Unionsfreundin, die im Schweinestall ist, hat dort Festlegungen durchgesetzt, wonach die Genossenschaft zusätzlich 25 gedeckte Sauen für wirtschaftsschwache LPG zur Verfügung stellen und außerdem die Läuferaufzucht um 250 Tiere gegenüber dem Jahr 1962 erhöhen wird. Der umsichtigen Arbeit dieser Unionsfreundin ist es auch zuzuschreiben, daß die LPG kaum Ferkelverluste aufweist. Dieses Beispiel steht für viele andere. Alle ländlichen Ortsgruppen sollten sich für die Qualifizierung der Bäuerinnen, für ihren richtigen Einsatz in der genossenschaftlichen Produktion sowie für die Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen zur Erleichterung ihrer Arbeit einsetzen.

Wir müssen uns auch stärker als bisher um die Landjugend kümmern. Das ist nicht nur eine Aufgabe der LPG-Vorstände, sondern der ganzen Nationalen Front. Dabei geht es in unseren Ortsgruppen besonders um solche Fragen: Nutzen die jugendlichen Genossenschaftsbauern die Qualifizierungsmöglichkeiten? Werden sie in den LPG ihrer Qualifikation und ihrer Neigung entsprechend mit verantwortlichen Aufgaben betraut? Was wird in unserer Gemeinde auf kulturellem Gebiet getan? Wie arbeiten der Dorfkлуб, die Volkskunstgruppen sowie die verschiedensten Interessengemeinschaften? Unsere Landjugend und die gesamte Dorfbevölkerung haben ein Recht darauf, nach ihrer täglichen schweren Arbeit Entspannung zu finden. Sorgen wir also mit dafür, daß das Leben im Dorf schöner und interessanter wird.

Die neuen Aufgaben erfordern einen neuen Arbeitsstil. Unsere Ortsgruppenvorstände tragen die volle Mitverantwortung für die Lösung der ökonomischen Aufgaben ihres Dorfes und für die Erfüllung des Planes. Es geht deshalb nicht mehr an, daß in unseren Mitgliederversammlungen nur allgemein über den Stand der genossenschaftlichen Entwicklung gesprochen wird. Ziel und Inhalt jeder Versammlung muß es sein, daß jeder Unionsfreund über die Probleme der Genossenschaft informiert ist und eine lösbare Aufgabe vor sich sieht, wie er die LPG seines Ortes am wirksamsten unterstützen kann. Dabei wird er am schnellsten feststellen, welche ideologischen und organisatorischen Hemmnisse einer guten genossenschaftlichen Arbeit im Wege stehen. Es bleibt ihm ja nichts übrig, als diese offensiv zu beseitigen, wenn er vorwärts kommen will. Vorrangig ist die Gewinnung aller unserer Freunde aus der Landwirtschaft für den sozialistischen Wettbewerb. Jeder Unionsfreund muß sich dafür einsetzen, daß in seiner Genossenschaft alle Möglichkeiten und Reserven der Produktionssteigerung genutzt und alle Schwächen in der genossenschaftlichen Arbeit beseitigt werden. Unsere Vorstände müssen deshalb die Leistungen und Methoden der besten Unionsfreunde und der erfolgreichsten Ortsgruppen nicht nur kennen, sondern sie müssen es besser als bisher verstehen, diese mit Hilfe einer guten Leitungstätigkeit in ihrem Wirkungsbereich zu verallgemeinern.

Der VI. Parteitag der SED stellte fest, daß die Lösung der neuen Aufgaben in der Landwirtschaft den Übergang zur Leitung nach dem Produktionsprinzip erfordert. Mit den neuen Landwirtschaftsräten und ihren Produktionsleitungen wird eine straffe, einheitliche, wissenschaftliche Leitung, Planung und Organisation der Landwirtschaft erreicht und die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie auf landwirtschaftlichem Gebiet ermöglicht. Die neuen Landwirtschaftsräte, in denen die besten Wissenschaftler, die erfahrensten Genossenschaftsbauern und landwirtschaftlichen Fachleute mitarbeiten, werden sowohl beschlußfassende als auch durchführende Organe sein. Sie sichern mit ihren Produktionsleitungen in ihrem Wirkungsbereich die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes, des Haushaltsplanes und des Perspektivplanes auf landwirtschaftlichem Gebiet.

Aufgabe unserer Bezirks- und Kreisverbände ist es, dafür zu sorgen, daß unsere besten und erfahrensten Freunde, Genossenschaftsbauern, Agrarwissenschaftler und andere Fachexperten in den Landwirtschaftsräten, deren Produktionsleitungen und in den Aktivs verantwortungsbewußt mitarbeiten. Darüber hinaus ist es notwendig, die Arbeit aller Landwirtschaftsräte durch Übermittlung der Vorschläge und Hinweise unserer Mitglieder und nicht zuletzt auf Grund der Ergebnisse der Tätigkeit der Aktivs Landwirtschaft bei den Bezirksverbänden wirksam zu unterstützen. Umgekehrt müssen wir die Beschlüsse der zuständigen Landwirtschaftsräte in unseren Vorstands- und Sekretariatssitzungen auswerten und Maßnahmen zu ihrer Unterstützung durch alle Parteigliederungen festlegen. Wir schlagen vor, die unserer Partei angehörenden Mitglieder der Landwirtschaftsräte in unsere Vorstände zu kooptieren.

Auf keinen Fall dürfen aber diese organisatorischen Fragen die Entwicklung des Massenwettbewerbs, in der Landwirtschaft verdrängen. Gerade bei der Frühjahrsbestellung kommt es darauf an, daß die Ständige Kommission Landwirtschaft sowie die Räte der Bezirke und Kreise alles tun, um die Voraussetzung zur Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes zu gewährleisten. Lediglich im Bezirk Potsdam und in einigen Kreisen der anderen Bezirke haben die Landwirtschaftsräte ihre Arbeit bereits in vollem Umfang aufgenommen.

*

Die ständige Weiterentwicklung des sozialistischen Lebens, der sozialistischen Wirklichkeit in unserer Republik ist Ausgangspunkt und Maßstab für unsere gesamte Arbeit. Das gilt auch für den kulturellen Bereich. Wenn in den letzten Monaten die Aufmerksamkeit der demokratischen Kräfte in verstärktem Maße den kulturpolitischen Aufgaben zugewendet wurde, so hing das u. a. damit zusammen, daß einige Künstler und Schriftsteller offenbar die Verbindung mit dieser sozialistischen Wirklichkeit vernachlässigt oder verloren hatten und deshalb Gefahr liefen, die Anforderungen, die das

Leben an unsere Kunst und Literatur stellt, außer acht zu lassen. Voraussetzung künstlerischen Wirkens und Schaffens in unserer Zeit ist die enge Verbundenheit des Künstlers oder Schriftstellers mit den Werktätigen, die dieser unserer Zeit das gesellschaftliche Gepräge geben.

Der umfassende Aufbau des Sozialismus verändert die Denkweise, die Gefühlswerte und das Verhalten der Menschen, verändert ihre Beziehungen zueinander und läßt unser Volk zu einer gebildeten Nation werden. Diese umwälzenden Veränderungen geben der Kunst und Literatur ebenso wie der kulturellen Massenarbeit Ziel und Richtung, und sie bestimmen die Kriterien, mit denen der Beitrag der künstlerischen und kulturellen Arbeit zur Formung des geistigen und moralischen Antlitzes des sozialistischen Menschen unserer Epoche zu messen ist.

Parteinahme für die Sache des Volkes, also für den Sozialismus, ist demnach die Grundbedingung, die der Künstler oder Schriftsteller zu erfüllen hat, wenn er gewiß sein will, daß seine Werke den Weg zu den Herzen unserer Menschen finden und auf ihre Weise helfen, die Veränderungen im Sinne des Sozialismus zu unterstützen.

Manche Künstler und Schriftsteller wollten uns jetzt einreden, eine solche Forderung laufe darauf hinaus, daß ihre schöpferische Gestaltungsfreiheit eingeengt würde und unser kulturelles Leben verarmen müsse. Einer derartigen Argumentation aber liegen zwei entscheidende Irrtümer zugrunde.

Erstens ist der sozialistische Staat und sind die gesellschaftlichen Kräfte, von denen er getragen wird, sehr wohl daran interessiert, daß sich auch im kulturellen Bereich keine schädlichen Tendenzen breitmachen, die den Interessen der Werktätigen – und damit schließlich auch den Interessen der Künstler und Schriftsteller – objektiv zuwiderlaufen. Diese Verantwortung trägt unser Staat, tragen wir alle vor unserer Gesellschaft, vor unserem ganzen Volk, und diesen gerechtfertigten Anspruch werden wir niemals preisgeben. Nicht von ungefähr betonen wir immer wieder, daß die sozialistische Umwälzung auf dem Gebiete der Ideologie und Kultur einen untrennbaren Bestandteil und einen der wichtigsten Kampfabschnitte in unserer gesamten sozialistischen Revolution darstellt. Die sozialistische Nationalkultur ist eben für uns nicht ein schmückendes Beiwerk unserer sozialistischen Wirklichkeit, nicht bloße Begleitmusik unseres sozialistischen Aufbaus im ökonomischen und staatlichen Bereich, auf die wir notfalls auch verzichten könnten, sondern unveräußerlicher Bestandteil unseres ganzen sozialistischen Lebens. Das aber erweitert und erhöht wiederum die Verantwortung der Kultur- und Kunstschaffenden vor unserer ganzen Gesellschaft und ebenso die Verantwortung des sozialistischen Staates und der gesamten demokratischen Öffentlichkeit für die Entwicklung unseres sozialistischen Kulturlebens.

Der zweite Irrtum, dem einige Künstler und Schriftsteller in letzter Zeit offenbar verfallen sind, äußerte sich in der

Tendenz, den Meinungsstreit über bestimmte Erscheinungen in unserer Literatur, auf unseren Bühnen, in der bildenden Kunst usw. auf die Diskussion über bloße Formprobleme abzudrängen. In Wirklichkeit aber geht es in erster Linie um den Inhalt unserer Literatur und Kunst, und zwar um die Gestaltung solcher Werke, die in ihrem Inhalt dem sozialistischen Leben in unserer Republik, den rasch fortschreitenden Veränderungen in unserer sozialistischen Wirklichkeit und den ebenso rasch wachsenden Ansprüchen unserer Werktätigen gerecht werden und die das Ziel des Aufbaus des Sozialismus im Auge behalten. Das ist keine Entscheidung gegen schöpferisches Suchen nach neuen Formen, die dem Inhalt unserer Zeit, dem Wesen unserer Epoche immer besser gerecht werden wollen. Man kann aber prinzipiell nicht damit einverstanden sein, daß Formspielereien und Formdiskussionen den Deckmantel für versteckte oder offene Angriffe auf unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht und auf die Errungenschaften unseres sozialistischen Aufbauwerks abgeben.

Die Verwendung neuer Formen und Bilder hat in der Vergangenheit vielen fortschrittlichen Künstlern dazu gedient, ihren Protest gegen die Ungerechtigkeit der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, gegen die Ausbeutungsverhältnisse, gegen die bürgerliche Klassenherrschaft zum Ausdruck zu bringen und zum leidenschaftlichen Kampf für die revolutionäre Überwindung dieser Verhältnisse, für eine Welt des Friedens, der Freiheit und der Brüderlichkeit aufzurufen. Hier war das Zerschneiden alter Formen und das Experiment mit der neuen Form gesellschaftlich gerechtfertigt, weil es Ausdruck der Suche nach einem neuen gesellschaftlichen Inhalt der Kunst und des ganzen Lebens war.

Heute aber hat in unserer Republik dieses Streben nach einem neuen Inhalt des gesellschaftlichen Lebens seine Erfüllung gefunden, und wir spannen alle Kräfte an, dieses neue, sozialistische Leben in unserer Republik weiterzuentwickeln und ihm auch in unserer Kultur und Kunst gültigen Ausdruck zu verleihen. Eine Kunst, die danach trachtet, diesem gesellschaftlichen Auftrag gerecht zu werden, wird sich einer Sprache bedienen, die unseren Werktätigen zugänglich ist, ihren Gedanken und Empfindungen, ihren Zielen, dem Sinn ihres neuen Lebens Ausdruck gibt, sie in ihrem sozialistischen Lebensgefühl bestärkt und sie zu neuen Taten für die Festigung und Weiterentwicklung unserer sozialistischen Errungenschaften anspornt.

Wir freuen uns, daß viele christliche Künstler und Schriftsteller diesen Weg ihres Schaffens beschritten haben. Sie haben den Ruf der Bitterfelder Konferenz aufgenommen und sich mit dem Kampf der Werktätigen verbunden. Dabei stießen sie auf die ganze Vielfalt unseres Lebens; sie lernten seine Widersprüche kennen, aber vor allem erlebten sie seine Schönheit, seine Größe, seine sozialistische Perspektive. All das hat doch nichts mit Armut und Enge zu tun, sondern eröffnet im Gegenteil die schönsten und umfassendsten Schaf-

fensmöglichkeiten, die einem Künstler je geboten werden können. So haben diese Freunde viele fruchtbare Impulse für ihr eigenes Leben, für ihre eigene Arbeit empfangen — Impulse, die in neuen, gültigen Werken ihren Ausdruck fanden. Als Beispiel dafür diene unser Freund Rudolf Nehmer, der als bildender Künstler hier in Dresden arbeitet. Er ist nach der Bitterfelder Konferenz aufs Land gezogen, hat die sozialistische Umgestaltung des Dorfes miterlebt und daraus die Anregungen und die Kraft zu Bildern gewonnen, die wesentlichen Merkmalen des sozialistischen Realismus entsprechen. Mit der Verleihung des Martin-Andersen-Nexö-Preises der Kunststadt Dresden hat sein Schaffen auch die Anerkennung der demokratischen Öffentlichkeit gefunden.

Dieses Beispiel, dem wir eine Reihe anderer an die Seite stellen könnten, sollte allen christlichen Künstlern und Schriftstellern begreiflich machen, worum es heute geht. Viele dieser Künstler spüren zwar, daß die großen gesellschaftlichen Veränderungen unserer Epoche auch das Leben der Christen einbeziehen und umgestalten. Sie verstehen aber das Wesen dieser Veränderungen noch nicht, weil sie als den Hauptinhalt unserer Epoche noch nicht die Ablösung des Kapitalismus und die Entwicklung zum Sozialismus erkannt haben. Sie haben ihren gesellschaftlichen Standort noch nicht fest in unserer sozialistischen Wirklichkeit bezogen, und sie haben noch nicht voll erfaßt, daß die christlichen Bürger durch ihre eigene Arbeit ihren Platz in der großen politisch-moralischen Einheit unseres Volkes gefunden haben. Diese entscheidenden Veränderungen in der gesellschaftlichen Lage und im Bewußtsein der Kreise, für die sie ihre Werke schaffen, sind solchen Künstlern noch nicht voll aufgegangen. Deswegen plagen sie sich noch mit bloßen Formfragen herum oder mit ideologischen Problemen, etwa mit der Frage nach dem Verhältnis von Marxismus und Christentum, auf die unsere gesellschaftliche Praxis schon längst eine gültige Antwort gegeben hat — eine Antwort, die wir in der gemeinsamen Arbeit der demokratischen Kräfte überzeugend praktizieren.

Natürlich gibt es keine friedliche Koexistenz von sozialistischer und bürgerlicher Ideologie. Der Kampf zwischen den Klassen wird auch im Bereich der Ideologie ausgetragen. Die Großbourgeoisie mißbraucht in ihrem Kampf gegen die siegreiche Arbeiterklasse in hemmungsloser Weise die christlichen Ideale. Immer wieder versucht sie, den christlichen Bürgern in Westdeutschland einzureden, ihre, die kapitalistische Ausbeutergesellschaft, sei die christlichste aller Welten. Das ist die tiefere Ursache für viele Konflikte und Mißverständnisse. Für uns christliche Bürger ist es das größte Ärgernis unserer Zeit!

In unserer Republik aber sind die Ausbeutung und die Wurzeln des Krieges beseitigt, haben wir gemeinsam unter der Führung der Arbeiterklasse die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege geführt, sind grundlegende Um-

wälzungen in der Klassenstruktur, in den Machtverhältnissen und auch im Denken und Verhalten unserer Bürger vor sich gegangen. Auf dem Boden des Sozialismus und in der gemeinsamen Arbeit für seinen umfassenden Aufbau haben sich Marxisten und Christen zu einer unzerstörbaren Kampf-gemeinschaft zusammengefunden. Uns hat unser christliches Gewissen, unser Verantwortungsbewußtsein für den Frieden und für das Wohl unseres Bruders veranlaßt, die Arbeiter-klasse beim Aufbau des Sozialismus tatkräftig zu unterstützen. Damit haben wir durch unsere gesellschaftliche Entscheidung und vor allem durch unsere Tat geholfen, die Voraussetzungen für die unser ganzes Volk umschließende politisch-moralische Einheit, also auch für die christliche Existenz im Sozialismus zu schaffen. Bester Beweis dafür sind die Aussagen des Gesprächs vom 9. Februar 1961, in dessen Verlauf der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, u. a. erklärte:

„Die Ablehnung der friedlichen Koexistenz im Bereich der Ideologie bezieht sich in erster Linie auf die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus und ihren philosophischen Grundlagen. Ich möchte weder die christliche Lehre noch die christlichen Kirchen in einen Topf mit dem Kapitalismus und Imperialismus werfen.“

Alle diese Zusammenhänge müssen wir den christlichen Künstlern und Kulturschaffenden deutlich machen. Alle Vorstände sollten daher gut überlegen, wie sie im Rahmen ihrer gesamten Leitungstätigkeit jetzt und in Zukunft ihren erhöhten Aufgaben auf kulturpolitischem Gebiet nachkommen können. Es ist kein Geheimnis, daß in vielen Verbänden die kulturpolitische Arbeit und insbesondere auch die Arbeit mit der Intelligenz immer noch als nebensächlich, als „fünftes Rad am Wagen“ betrachtet wird.

Ein Brigadeinsatz der Parteileitung im Bezirksverband Leipzig hat Ende vorigen Jahres die Folgen dieser Versäumnisse am Beispiel der Arbeit des dortigen Bezirksvorstandes sichtbar gemacht. Gute Ansätze bieten demgegenüber unsere Bezirksvorstände Potsdam und Cottbus, die im vergangenen Monat auf Empfehlung ihrer kulturpolitischen Aktivs Beschlüsse darüber gefaßt haben, wie sie helfen können, die kulturelle Grundaufgabe in unserer Republik zu lösen. Dabei gingen beide Vorstände mit Recht davon aus, daß es für uns heute mehr denn je darauf ankommt, die unserer Partei angehörenden oder ihr nahestehenden Kulturschaffenden auf die Ziele des umfassenden Aufbaus des Sozialismus zu orientieren und sie in ständigem überzeugendem Gespräch zur schöpferischen Mitarbeit an der Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur zu gewinnen.

Zum anderen geht es darum, die vielen Freunde, die in Dorfklubs und Dorfakademien, Kulturhäusern und Zirkeln, Ständigen Kommissionen und ähnlichen Einrichtungen mitarbeiten, mit der Kraft unserer ganzen Partei anzuleiten und die Ausschüsse der Nationalen Front bei der Entwicklung des

sozialistischen Kulturlebens in Stadt und Land tatkräftig zu unterstützen. Nicht zuletzt müssen weitere Möglichkeiten erschlossen werden, unsere Versammlungen und Veranstaltungen durch richtigen Einsatz kultureller und künstlerischer Mittel zu bereichern und auch in dieser Hinsicht die Einheit von Denken, Fühlen und Verhalten herzustellen.

Aus gemeinsamem kulturellem Erleben erwächst dann neue Kraft und neue Initiative für die Tätigkeit am Arbeitsplatz und für eine noch höhere gesellschaftliche Aktivität. Dem Beispiel des Bezirksvorstandes Potsdam und vor allem des Bezirksvorstandes Cottbus, der seine kulturpolitische Arbeit in diesem Jahr insbesondere mit der Vorbereitung auf die V. Arbeiterfestspiele verbinden will, sollten alle anderen Vorstände folgen.

Große Aufgaben sind dem Volksbildungswesen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus gestellt. Die junge Generation, die heute in unseren allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen lernt, wird dereinst das Werk fortführen und vollenden, das wir begonnen haben. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt, der die Bedingungen der Arbeit in unseren Betrieben und Genossenschaften fortwährend verändert und weiterentwickelt, verlangt eine wachsende Zahl von hervorragend ausgebildeten Fachkadern in allen Zweigen der Volkswirtschaft. Das müssen Menschen sein, die mit der Technik und ihren wissenschaftlichen Grundlagen aufs engste vertraut sind, damit sie die modernen Produktionsprozesse beherrschen und die Errungenschaften des schöpferisch forschenden menschlichen Geistes im Sozialismus zum Nutzen der ganzen Gesellschaft anwenden und bereichern können. Unsere sozialistische Gegenwart und Zukunft verlangt also hochqualifizierte, charakterstarke, fest mit der Sache des gesellschaftlichen Fortschritts verbundene Menschen. Die Verantwortung für eine solche Ausbildung der jungen Generation, die heute bei uns heranwächst, liegt im wesentlichen Maße bei unseren sozialistischen Schulen.

Tausende Unionsfreunde leisten als Lehrer und Erzieher oder als Mitglieder der Elternbeiräte und ihrer Aktivs einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung unseres sozialistischen Erziehungsziels, der von unserer Gesellschaft hoch eingeschätzt und anerkannt wird. Jetzt haben wir die Aufgabe, alle diese Freunde davon zu überzeugen, daß in der Entwicklung unseres sozialistischen Volksbildungswesens ein weiterer großer Schritt nach vorn gemacht werden muß. Die Einführung der polytechnischen Erziehung in unseren Schulen war von großen Erfolgen begleitet und hat vor allem zu einer engen Verbindung von Theorie und Praxis, von Lehre und Leben, zum Wachstum des unmittelbaren Einflusses der Arbeiterklasse und aller Werktätigen auf den Erziehungsprozeß geführt. Die polytechnische Ausbildung hat die Schüler besser erkennen lassen, daß die produktive Arbeit die Quelle unseres gesellschaftlichen Fortschritts und unseres wachsenden Wohlstands ist. Die Schüler haben selbst erlebt, daß die

sozialistische Einstellung zur Arbeit das wichtigste Kennzeichen unserer neuen gesellschaftlichen Moral darstellt und daß die Arbeiterklasse mit Recht die Führung in unserem Staat innehat.

Der nächste Schritt, der jetzt gemeinsam von Schule, Ausbildungsbetrieb, Jugendorganisation und Elternhaus getan werden muß, ist die Weiterentwicklung der polytechnischen Erziehung zu einer umfassenden Berufsausbildung. In den letzten beiden Jahren wurden an einer Reihe von Beispielen bereits wertvolle Erfahrungen bei der Entwicklung der berufsvorbereitenden Grundausbildung in den 10-Klassen-Schulen und bei der Einführung der vollen Berufsausbildung in den erweiterten Oberschulen gesammelt. Diese Erfahrungen gilt es jetzt zu verallgemeinern und planmäßig auf alle Schulen in der Deutschen Demokratischen Republik zu übertragen. Damit sichern wir auch unseren sozialistischen Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben einen qualifizierten Nachwuchs, der für unsere moderne nationale Wirtschaft unerlässlich ist. Unsere Vorstände müssen daher gerade jetzt das große Gespräch mit den Lehrern und Erziehern, mit den Werkträgern in den Betrieben, mit allen Eltern unterstützen, ihnen die Notwendigkeit und die Bedeutung dieses neuen Abschnitts in der Entwicklung unseres sozialistischen Volksbildungswesens überzeugend vor Augen führen und die freudige Mitarbeit unserer Freunde in den Schulen, in den Betrieben und Genossenschaften an der Lösung dieser großen Aufgabe gewährleisten.

II.

Wer heute in der Welt ernstlich den Frieden will, der muß sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchgesetzt werden. Das ist die einzige Möglichkeit, friedliche Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu garantieren. Niemand, der auf die Stimme seines Gewissens hört, kann sich bei dem Gedanken beruhigen, daß die vernichtende Wirkung der modernen Waffen in einem dritten Weltkrieg Hunderte von Millionen Menschen in ihrer Existenz bedrohen würde. Deswegen kämpfen wir so leidenschaftlich für die friedliche Koexistenz, für die Normalisierung der internationalen Beziehungen, für die allgemeine und vollständige Abrüstung.

Wir sind dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow dankbar dafür, daß er auf dem VI. Parteitag der SED den engen Zusammenhang zwischen der friedlichen Lösung der Probleme in Deutschland und dem Kampf um Abrüstung und internationale Entspannung so deutlich hervorgehoben hat. Er hat überzeugend nachgewiesen: Der Abschluß des deutschen Friedensvertrages und die Bildung einer neutralen Freien Stadt Westberlin haben entscheidenden Einfluß auf den Erfolg des Kampfes für Abrüstung und Entspannung, ja die Klärung der deutschen Probleme ist zur

wichtigsten Voraussetzung dafür geworden. Das läßt uns die Verantwortung unseres Volkes für den Weltfrieden klar erkennen. Wir wollen unsere nationale Pflicht an diesem entscheidenden Abschnitt des Kampfes um den Frieden in Ehren erfüllen.

Nur mit der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz kann die Welt vor einem vernichtenden Atom- und Raketenkrieg bewahrt werden. Das hat sich vor wenigen Monaten an den Ereignissen um Kuba unwiderleglich erwiesen. Die Sowjetunion war es, die hier durch ihr kluges und weitsichtiges Vorgehen den Frieden der Menschheit und die Freiheit des revolutionären Kuba gerettet hat. Die elastische und zugleich prinzipienfeste Politik der Sowjetunion zwang die USA, die Grundsätze der Koexistenz zu respektieren und auf gegenseitige Zugeständnisse einzugehen. Darin zeigt sich das Neue im internationalen Kräfteverhältnis: Die Kräfte des Friedens und des Sozialismus sind imstande, die Ultras in Schach zu halten, ihre Provokationen zu vereiteln und den Export der Konterrevolution erfolgreich zu verhindern. Das ist die wichtigste Erkenntnis, die unsere Freunde aus der friedlichen Regelung der Krise im Karibischen Raum gewinnen konnten.

Vor diesem Hintergrund der jüngsten internationalen Ereignisse gewinnen die Aussagen des VI. Parteitages der SED zu den Fragen „Krieg oder Frieden“ besonderes Gewicht. Das hohe Verantwortungsbewußtsein der kommunistischen Weltbewegung gegenüber den Lebensfragen der Menschheit konnte nicht überzeugender zum Ausdruck gebracht werden, als das auf diesem Parteitag geschah. Nach den Darlegungen Walter Ulbrichts und Nikita Chruschtschows kann es keinen vernünftig denkenden Menschen mehr geben, der nicht der geradlinigen und unabdingbaren Friedenspolitik der DDR und der Sowjetunion aus ganzem Herzen zustimmt. In dieser Gesinnung wahrhafter Humanität sind wir Christen mit den kommunistischen und Arbeiterparteien auf das engste verbunden.

Diese Verbundenheit bewährt sich in unserer Republik in den gemeinsamen Anstrengungen von Marxisten und Christen für die Stärkung der DDR, mit der wir den Frieden in Deutschland sichern. Denn die geschichtliche Aufgabe unserer Republik besteht darin, mit dem Kampf um den Sieg des Sozialismus dafür Sorge zu tragen, daß es den deutschen Imperialisten und Militaristen niemals mehr gelingt, unser Volk und Europa in einen Krieg zu stürzen. Unsere ökonomischen Leistungen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus sind es also in erster Linie, mit denen wir die friedliche Koexistenz in Deutschland erzwingen.

Auf der Tagesordnung steht heute vor der Wiederherstellung der nationalen Einheit die ökonomische Stärkung und Weiterentwicklung unserer Republik, unseres deutschen Friedensstaates. Einige Freunde werden deswegen ungeduldig; ihnen dauert dieser Weg zu lange, und sie fragen, ob man denn nicht schneller zur Wiedervereinigung kommen könne.

Wenn diese Freunde meinen, daß sich die sozialistische Deutsche Demokratische Republik mit dem imperialistisch beherrschten Westdeutschland vereinigen könnte, so ist das eine gefährliche Illusion. Der deutsche Imperialismus hat in zwei verheerenden Weltkriegen vor unserem Volk und vor der ganzen Menschheit bewiesen, daß er unfähig ist, unsere Nation zu führen. Auf das Konto des deutschen Imperialismus kommt die Spaltung unseres Landes, kommt die verbrecherische Politik der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands, die den Bonner Staat heute zum Hauptherd der Kriegsgefahr in Europa gemacht hat. Es gibt keine Vereinigung mit dem deutschen Imperialismus! Mit dem deutschen Imperialismus können wir uns auch nicht auf irgendeiner „dritten Position“, sozusagen auf halbem Wege treffen.

Wir müssen uns für längere Zeit auf ein Nebeneinanderbestehen zweier deutscher Staaten einrichten. Die Frage kann also jetzt nur sein, wie wir den Frieden zwischen diesen beiden Staaten sichern können, damit die Kriegsgefahr von unserem Volke und von Europa abgewendet wird. Das Mindestmaß dessen, was gegenwärtig notwendig und möglich ist, ist also die Herstellung eines sachlichen und korrekten Verhältnisses zwischen der DDR und Westdeutschland. Deswegen hat der VI. Parteitag der SED vorgeschlagen, auf der Grundlage des bekannten Sieben-Punkte-Programms normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten herbeizuführen. Das ist die schöpferische Anwendung der Grundsätze der friedlichen Koexistenz auf die gegenwärtige Lage in Deutschland. Dieser Sieben-Punkte-Vorschlag zu einem Abkommen zwischen beiden deutschen Staaten über ein Mindestmaß an sachlichen Beziehungen, dieses Programms der Vernunft und des guten Willens ist Ausdruck unserer Bereitschaft zu einem echten Kompromiß. Er würde das Leben der Bürger in beiden deutschen Staaten wesentlich erleichtern. Er würde den Spielraum des deutschen Imperialismus entscheidend eingen und seine Kriegspläne durchkreuzen. Er würde unserer Republik friedliche Bedingungen für den umfassenden Aufbau des Sozialismus gewährleisten. Er würde die westdeutschen Friedenskräfte zu einheitlichem Vorgehen und zu gesteigerter Aktivität gegen die Ultras in Bonn anspornen. Er würde also den weiteren Vormarsch der Kräfte des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts in Deutschland auf der ganzen Linie möglich machen. Wir sehen: Ein solches Abkommen der Vernunft und des guten Willens wäre kein Zurückweichen vor den deutschen Imperialisten, kein fauler Kompromiß im Sinne von Zugeständnissen an ihre Eroberungsabsichten, keine Preisgabe der Souveränität unserer Republik, der Prinzipien ihrer Friedenspolitik und der Errungenschaften ihres sozialistischen Aufbaus. Ein solches Abkommen wäre vielmehr ein gewichtiger Beitrag zum Sieg des Friedens in Deutschland und läge im Interesse aller friedliebenden Deutschen.

Besäßen die regierenden Kreise in Bonn auch nur einen Funken Friedensliebe, nur einen Funken nationalen Verant-

wortungsbewußtseins, so würden sie unserem Verhandlungsangebot zustimmen. In ihren Stellungnahmen zu diesem Sieben-Punkte-Programm jedoch haben sie auf geradezu unnachahmliche Art und Weise selbst offenbart, wes Geistes Kind sie sind. Hier hätte Herr Adenauer samt seiner allerchristlichsten CDU-Führung die beste Gelegenheit gehabt, als Christen zu handeln und wirkliche Verständigungsbereitschaft an den Tag zu legen. Aber nicht einmal zu einem solchen Minimum der Vernunft und des guten Willens, wie es das Sieben-Punkte-Programm fordert, hat Adenauer sich durchringen können. Herr Adenauer und seine sogenannte „christliche“ Regierung wollen die Existenz des anderen deutschen Staates nicht respektieren, sie wollen nicht auf Gewaltanwendung gegen unsere Republik verzichten, weil sie unsere Republik erobern wollen. Sie wollen nicht die Grenzen anerkennen, weil sie ihre Revanchepläne gegen die sozialistischen Staaten nicht aufgeben wollen. Sie wollen nicht auf den Erwerb, die Herstellung und Erprobung von Kernwaffen verzichten, weil sie solche Waffen brauchen, um damit ihre Aggressionspläne ins Werk zu setzen. Sie wollen nicht auf einen Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten eingehen und keine Abrüstungsmaßnahmen in die Wege leiten, weil das Kernstück ihrer Politik die atomare Aufrüstung ist. Sie wollen sich nicht auf eine gegenseitige Anerkennung der Reisepässe und auf eine Normalisierung des Reiseverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten einlassen, weil die Erleichterung des Lebens der Bürger in diesen beiden Staaten sie überhaupt nicht interessiert. Sie stellen sich jeglichem Bemühen um Annäherung und Entspannung feindselig in den Weg; denn sie wollen den kalten Krieg fortsetzen und den heißen Krieg vorbereiten.

Diese Politiker treten alle christlichen Ideale mit Füßen. Ihr Treiben ist ein Hohn auf alles, was uns Christen teuer ist. Sie begehren solche Männer wie Albert Schweitzer, Martin Niemöller oder Leo Weismantel – Männer, die mit Recht der Meinung sind, daß Verhandlungen und Verständigung nützlicher sind als die atomaren Aufrüstungspläne von Bonn. Die Adenauer-Leute aber scheren sich einen Teufel darum, daß ihre Politik in die atomare Katastrophe führen würde. Sie haben jedes Recht verwirkt, sich noch als christliche Politiker zu bezeichnen.

Unser Gewissen verpflichtet uns, dem schändlichen Mißbrauch des christlichen Glaubens durch die Bonner Machthaber mit aller Kraft und mit letzter Entschlossenheit entgegenzutreten. Wir sind glücklich darüber, daß wir hier, in unserer Deutschen Demokratischen Republik, die gesellschaftliche Möglichkeit haben, den sittlichen Forderungen aus der christlichen Lehre nachzukommen, indem wir mitbauen an der neuen Welt der Menschlichkeit, der Brüderlichkeit und des Friedens, an der Welt des Sozialismus. Das Beispiel, das wir damit geben, wird auch von den wachen Geistern in den christlichen Gemeinden Westdeutschlands immer stärker als eine echte Hilfe in ihrem Widerstand gegen die verhängnisvolle Adenauer-Politik empfunden.

Adenauer aber versucht, der unaufhaltsamen Entwicklung zum Frieden und zur friedlichen Koexistenz zu entrinnen, indem er sich mit de Gaulle verbündet, mit dem politischen Repräsentanten der Reaktion in Frankreich. Das Abkommen, das Adenauer und de Gaulle am 22. Januar in Paris unterzeichnet haben, ist ein ausgesprochener Kriegspakt. Diese Achse Bonn-Paris richtet sich gegen alle und gegen jeden. Sie richtet sich gegen die eigenen Völker, die die Lasten der Kriegspolitik tragen sollen. Sie richtet sich gegen unsere Republik, gegen die Sowjetunion, gegen das ganze sozialistische Weltssystem, dem erklärtermaßen die „Todfeindschaft“ der Bonner Machthaber gilt. Sie richtet sich gegen die eigenen Verbündeten in der NATO, weil Bonn und Paris sich gewissen realistischen Tendenzen in der Politik der Vereinigten Staaten und Großbritanniens mit aller Gewalt widersetzen wollen und weil der westdeutsche Imperialismus sich heute wieder stark genug fühlt, sich der Vormundschaft des amerikanischen Finanzkapitals entledigen zu können.

Die Vorgänge in Brüssel, die Art, wie die französischen und die westdeutschen Imperialisten ihren englischen Konkurrenten den EWG-Stuhl vor die Tür gesetzt haben, sind deutlicher Beweis für den Charakter und für die Auswirkungen einer solchen schrankenlosen Machtpolitik. Nicht zuletzt richtet sich die Achse Bonn-Paris gegen die jungen Völker, die sich in hartem Kampf ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit erstritten haben und die nun wiederum in das Joch politischer und wirtschaftlicher Knechtschaft gezwungen werden sollen. Und schließlich kann dieser Kriegspakt auch die Widersprüche zwischen den westdeutschen und den französischen Imperialisten, zwischen ihren widerstreitenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen nicht verbergen. Jeder hofft, daß er den anderen doch noch überwiegt und die Vormachtstellung in Westeuropa übernehmen könnte.

Dieses ganze Knäuel widerstrebender imperialistischer Interessen, dieses ganze abstoßende Bild atomwaffengiefiger Macht- und Gewaltpolitik reinsten Wassers versucht man in Bonn und in Paris mit wohlklingenden Phrasen von „deutsch-französischer Völkerversöhnung“ zuzudecken. Aber die Pariser Zeitung „Libération“ hat schon recht, wenn sie schreibt: „Die vollkommen neue Freundschaft, die man zwischen Frankreich und (West-)Deutschland schließt, ist ganz einfach ein Bündnis der Großindustriellen und der Militärstäbe. Auf jeden Fall haben die Völker nichts damit zu tun.“ Und wir müssen hinzufügen: Dieser Kriegspakt richtet sich in bedrohlichem Maße gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes selbst; denn er will die Spaltung Deutschlands verewigen und die friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten, ihre Annäherung und Verständigung verhindern.

Adenauer selbst hat das in seiner sogenannten Regierungserklärung vor dem Bonner Bundestag am 6. Februar noch einmal ausdrücklich bestätigt. In gewisser Weise hat er sogar

recht, wenn er sein Abkommen mit de Gaulle als „Krönung seines Lebenswerkes“ bezeichnete. In der Tat war zeit seines Lebens sein ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet, Westdeutschland aus dem deutschen Nationalverband herauszulösen und auf diesem Wege dem Einflußbereich der Kräfte der nationalen Erneuerung zu entziehen. Kein anderer als Adenauers Parteifreund Prof. Friedensburg hat in seinem 1946 erschienenen Buch über die Weimarer Republik dem heutigen Bonner Bundeskanzler seine führende Rolle bei den separatistischen Umtrieben im Rheinland nach dem ersten Weltkrieg bestätigt. Schon damals scheute Adenauer sich nicht, die egoistischen Interessen des westdeutschen Monopolkapitals offen über die Interessen der Nation zu stellen; schon damals wollte er einen westdeutschen Separatstaat bilden oder ihn an die französische Hochfinanz verschachern. So hat er auch nach 1945 als politischer Wortführer des westdeutschen Finanzkapitals die nationale Sache preisgegeben, hat die Spaltung Deutschlands in Szene gesetzt und will sie jetzt durch die Ratifizierung des Abkommens mit de Gaulle versiegeln. Diese Politik des Hoch- und Landesverrats bezeichnet Adenauer heute als „Integration Europas“. Aber solche schönen Worte können heute nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß hier ein abgefemtes Spiel mit dem Frieden und mit dem Schicksal unseres Volkes getrieben wird.

Am Beispiel dieser Politik wird auf geradezu erschreckende Weise offensichtlich, wohin der Antikommunismus führt, diese Grundtorheit unserer Epoche, dieses Verbrechen an unserer Nation. Wer die Geschäfte des Antikommunismus besorgt, versündigt sich an unserem Volke. Wer den gesellschaftlichen Fortschritt vertritt, dient unserer nationalen Sache. So klar wie nie liegt heute zutage, was der deutschen Nation nützt und was ihr schadet. Auf der einen Seite eine Politik, die Westdeutschland bewußt und vorsätzlich aus unserem nationalen Organismus herausgerissen hat, eine Politik, die den Graben durch Deutschland immer weiter vertieft und schließlich unser Volk in einen neuen Krieg hineintreiben würde – auf der anderen Seite unsere Politik, die Politik der friedlichen Koexistenz, die den Boden bereitet für den deutschen Friedensvertrag, für die Konföderation der beiden deutschen Staaten, für die Wiederherstellung der nationalen Einheit auf friedlicher, demokratischer Grundlage, für die sozialistische Zukunft der ganzen deutschen Nation. Das sind die beiden grundverschiedenen Konzeptionen, die heute in Deutschland einander gegenüberstehen. Sie kennzeichnen den Hauptwiderspruch, der in unseren Tagen durch Deutschland läuft: den Widerspruch zwischen der volks- und friedensfeindlichen Politik des deutschen Imperialismus und den Friedensinteressen aller Volkskräfte in Deutschland, die sich fest auf unsere Republik stützen können. Mit den ewigen Feinden unseres Volkes, mit den deutschen Imperialisten und Militanten, kann es deshalb keine Einheit geben.

Wenn einige Freunde uns fragen, wann denn endlich die Grenzen in Deutschland abgeschafft würden, dann können

wir ihnen nur antworten: Solange in Deutschland zwei Staaten bestehen, wird es auch eine Staatsgrenze zwischen ihnen geben. Das ist überall in der Welt so. Solange man in Bonn keine Anstalten macht, auf unsere Vorschläge für ein vernünftiges und sachliches Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten einzugehen, solange die deutschen Imperialisten und Revanchepolitiker Gift und Galle gegen einen deutschen Friedensvertrag spucken, gibt es auch keine Möglichkeit, Vereinbarungen etwa über die Regelung des Reiseverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten zu treffen. Nach dem Abschluß des deutschen Friedensvertrages wird es bessere Bedingungen dafür geben, allmählich die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten zu entwickeln. Solange Bonn allerdings Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik ablehnt, ist eine Zusammenführung von Familien nur auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik möglich. Es mag manchen geben, der solche Wahrheiten nicht gerne hört. Aber Tatsachen muß man ins Auge blicken, weil es keinen Sinn hat, sich Illusionen hinzugeben. Sie würden nur von den Feinden unseres Volkes ausgenutzt werden, um den Kern der nationalen Frage in Deutschland zu vernebeln und in diesem Nebel möglichst ungestört die Pläne für die antidemokratische, die imperialistische und militaristische Lösung der deutschen Frage zu schmieden – mit anderen Worten: die Pläne für einen dritten Weltkrieg, der in der Tat die nationale Frage in Deutschland von der Tagesordnung absetzen würde, weil es an seinem Ende keine deutsche Nation mehr gäbe.

Mitunter besuchen mich Bürger aus Westdeutschland, gutwillige Menschen, die genau wie wir den Frieden für unser Volk erstreben. Sie beklagen sich darüber, daß wir ihnen die Arbeit erschwerten, weil wir angeblich dieses oder jenes falsch machten. Aber das heißt doch die Dinge auf den Kopf stellen! – Wir können verstehen, daß die Imperialisten über die Entwicklung unserer Republik keineswegs erfreut sind. Wir können ihnen versichern, daß sie in Zukunft noch weniger Freude haben werden. Was dazu nötig ist, werden wir allerdings schon selbst besorgen. Was aber alle friedliebenden Menschen in beiden deutschen Staaten – und das ist Gott sei Dank die absolute Mehrheit – tief bedrückt, ist die revanchistische Atomkriegspolitik jener Imperialisten. Deshalb kommt es jetzt vor allem darauf an, daß die Friedenskräfte in Westdeutschland die Initiative ergreifen, um die Ultras auszuschalten. An der friedliebenden westdeutschen Bevölkerung selbst ist es, endlich dafür zu sorgen, daß in der westdeutschen Politik die Vernunft einkehrt. Diese Bonner Politik ist es doch, die ihnen und uns das Leben schwer macht. Unsere Republik dagegen hat durch ihre Schutzmaßnahmen auch das Leben von Millionen westdeutscher Bürger gerettet, die nämlich ihr Leben verloren hätten, wenn im Herbst 1961 die von Bonn beabsichtigte Aggression unternommen worden wäre.

Gerade deswegen war es nötig, am 13. August 1961 unsere Staatsgrenze rund um Westberlin durch den antifaschistischen Schutzwall zu sichern. In der Tat hat die Errichtung dieses Schutzwalls unserem ganzen Volke den Frieden gerettet. Dieser Schutzwall hat den westdeutschen Imperialisten und den Westberliner Politikern des „letzten Risikos“ die unübersteigbaren Grenzen ihrer Macht gezeigt. Er hat für jedermann deutlich gemacht, daß die Deutsche Demokratische Republik in unverbrüchlicher Gemeinsamkeit und treuer Waffenbrüderschaft mit allen anderen Staaten des Warschauer Vertrages entschlossen und imstande ist, ihre Grenzen zuverlässig zu sichern und die Kriegsabsichten der Ultras zunichte zu machen. In den anderthalb Jahren, die seit dem 13. August 1961 vergangen sind, hat sich herausgestellt, daß der antifaschistische Schutzwall seine Wirkung tut und daß diese Bekundung der Souveränität unseres Staates ihren Eindruck bei seinen Gegnern nicht verfehlt hat. Dieser Schutzwall garantiert die Sicherheit unseres Staates, er schützt das Leben seiner Bürger und ihre friedliche Arbeit, und er wird bestehen bleiben, solange es eine Staatsgrenze zwischen der DDR und Westberlin gibt.

Wie notwendig das ist, hat erst jetzt wieder die Tatsache erwiesen, daß Adenauer und de Gaulle Westberlin ausdrücklich in den Geltungsbereich ihres Kriegspaktes einbezogen haben. Sie wollen Westberlin als vorgeschobenen Posten ihrer Achsenpolitik mißbrauchen. Walter Ulbricht hat in seiner Fernsehansprache an die Westberliner Bevölkerung mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß Westberlin unter diesen Umständen als NATO-Stützpunkt langsam eingehen müßte. Gleichzeitig aber hat er den Westberlinern auch erklärt, daß unsere Republik den ersten Willen hat, friedlich mit Westberlin zusammenzuleben und die friedliche Koexistenz durch praktische Maßnahmen zu festigen. Die Regierung der DDR ist bereit, mit dem Senat einen Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen auf der Grundlage der Vernunft und des guten Willens abzuschließen. So könnte Westberlin durch die Entwicklung normaler Beziehungen mit unserer Republik das Beispiel für normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten geben. Es könnte eine wichtige Funktion des Ausgleichs übernehmen. Eine solche Entwicklung würde es auch erlauben, die Formen und Methoden der jetzt gehandhabten Regelung an unserer Staatsgrenze gegenüber Westberlin zu überprüfen. Wie schnell es zu einer Verständigung darüber kommt, liegt vor allem an der Westberliner Bevölkerung selbst.

Inzwischen haben in Westberlin Wahlen stattgefunden. Was zeigt das Ergebnis dieser Wahlen? Es beweist, daß im Denken der Westberliner Bürger schon gewisse Veränderungen vor sich gegangen sind. Die Westberliner haben der Amrehn-CDU eine empfindliche Niederlage beigebracht, und zwar deshalb, weil diese Partei gegen jede Verständigung und gegen alle Verhandlungen ist und die Frontstadtspolitik rücksichtslos bis zum letzten Risiko fortsetzen will. Beweis

dafür war die Tatsache, daß Herr Amrehn bekanntlich das von Brandt erbetene Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow während des VI. Parteitages der SED sabotiert hat.

Viele Westberliner haben die klägliche Rolle, die Brandt dabei spielte, zunächst noch in Kauf genommen und ihm allein schon den Versuch zu diesem Gespräch honoriert, indem sie der SPD ihre Stimme gaben. Aber sie haben sich von der wüsten Hetze gegen unsere Republik und von der zügellosen antikommunistischen Propaganda beeinflussen lassen. Sie haben noch nicht erkannt, daß Brandt in Wirklichkeit genauso im Fahrwasser Bonns schwimmt und das, worauf es in erster Linie ankommt, nämlich Verhandlungen mit der DDR, ablehnt. Schon am ersten Tage nach den Wahlen hat Brandt ausdrücklich ein Bekenntnis zur Westberlin-Politik der Adenauer-Regierung abgegeben, die in Westberlin bekanntermaßen absolut nichts zu suchen hat.

Die Westberliner selbst haben hinreichend Gelegenheit gehabt, Erfahrungen mit den unseligen Auswirkungen der Frontstadtpolitik zu sammeln. Viele Westberliner sind für eine Verständigung und für Verhandlungen. Ihre Wünsche und Interessen werden konsequent nur von der SED-Westberlin vertreten. Als einzige Partei in Westberlin setzt sie sich für eine Politik der Vernunft, für die friedliche Koexistenz ein; deshalb wird sie in ihrer öffentlichen Wirksamkeit behindert, schikaniert und terrorisiert. Eine endgültige Lösung können die Lebensfragen Westberlins nur durch die Bildung einer neutralen Freien Stadt erfahren.

Mit großer Aufmerksamkeit beobachten wir, daß in Westdeutschland die Unzufriedenheit mit der verhängnisvollen Bonner Politik fortwährend zunimmt. Das zeigt sich nicht allein in dem ständig wachsenden Widerstandswillen der westdeutschen Bevölkerung, sondern seit einiger Zeit auch in einem fortschreitenden Unbehagen in Adenauers eigener Umgebung. Brentano hat es in einem Interview zu Neujahr gesagt, daß dieses Unbehagen bis in die Kreise der offiziellen Bonner Politik reicht. Der jetzt wieder heftig ausgebrochene Streit um die „Kanzlernachfolge“ ist ja ebenfalls ein Anzeichen dafür, daß der Bankrott der Adenauer-Politik nicht mehr zu verhehlen ist. Herr Schmücker, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und Beauftragter seiner Partei für die Unterwerfung des Mittelstandes unter die Willkür der Monopole, befaßte sich jüngst in staunenswerter Offenheit mit der Politik seines Herrn und Meisters. „Man könnte manchmal glauben, wir befänden uns auf dem direkten Weg in die Monarchie“ und „Adenauer kann nicht durch Adenauer ersetzt werden“, schreibt er in einem Organ der West-CDU. Es ist ja auch wahrhaftig genügend Anlaß zum Unbehagen vorhanden. „Aller Welt Feind“, dieses Wort gilt für die Politik Bonns heute mehr denn je.

Das „Unbehagen“ allein aber genügt nicht. Es muß gehandelt werden! Niemand kann da der westdeutschen und Westberliner Bevölkerung ihre Verantwortung abnehmen. Das ist es, was wir auch den westdeutschen Christen immer wieder

sagen müssen. Der Sinn unserer Arbeit nach Westdeutschland liegt in zwei eng miteinander verbundenen Aufgaben: Einerseits wollen wir den westdeutschen Bürgern an Hand unseres sozialistischen Aufbaus, an Hand unserer sozialistischen Demokratie zeigen, was wir erreichten, und ihnen erklären, wodurch wir es erreichten, nämlich durch die Einmütigkeit und Geschlossenheit aller demokratischen Kräfte. Zum zweiten aber müssen wir ihnen immer wieder vor Augen halten, daß sie selbst es mit in der Hand haben, wie schnell wir auf dem Wege zur deutschen Friedensregelung vorankommen und daß der Kampf um friedliche Koexistenz für sie ein täglicher Kampf gegen die imperialistisch-klerikale Reaktion in Westdeutschland ist, eine Lebensfrage im wahrsten Sinne des Wortes.

Wir wissen, daß sich zum Beispiel die Bezirksvorstände und viele Kreisvorstände in den Bezirken Dresden, Schwerin, Cottbus, Berlin, Magdeburg und Rostock nicht nur sehr aktiv an den Besucheraussprachen der Nationalen Front beteiligen, sondern die Ergebnisse dieser Aussprachen sorgfältig auswerten und die geschaffenen Verbindungen in ihre gesamte politische Arbeit einbeziehen. Der Bezirksverband Cottbus, um nur ein Beispiel zu nennen, hat durch diese Methode enge Verbindung zu christlichen Kreisen seines Patenlandes gewonnen und leistet gerade jetzt im Rahmen der Nationalen Front Agitationsarbeit zu den im Patenland bevorstehenden Landtagswahlen.

Diese Beispiele aber sollten auch anderen Verbänden, wie etwa dem Bezirksverband Neubrandenburg, zur Verbesserung ihrer Westarbeit dienen. Eine Mitarbeit allein bei den Besucheraussprachen genügt nicht. Unsere Freunde müssen gemeinsam mit den in der Nationalen Front vereinten Kräften so arbeiten, daß sie den Christen in Westdeutschland ein leuchtendes Beispiel verantwortungsbewußten nationalen Handelns sind.

Angesichts der Tatsache, daß die Bonner Regierung der Bevölkerung das Sieben-Punkte-Programm verschweigt, muß jede unserer Verbindungen genutzt werden, um es den Menschen in Westdeutschland nahezubringen und sie zur Aktivität gegen die Politik des nationalen Verrats zu rufen, denn die größte Not in Deutschland ist die antinationale und aggressive Politik der Bundesregierung. Dagegen ist hier, in der Deutschen Demokratischen Republik, das neue Deutschland herangewachsen! „Hier ist Deutschland!“ rief Ministerpräsident Chruschtschow in der Werner-Seelenbinder-Halle aus. Von hier aus führt der Weg in die deutsche Zukunft, in eine Zukunft des Friedens und des Glücks für unser ganzes Volk.

III.

Wir christlichen Demokraten sind glücklich darüber, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik eine gesellschaftliche Heimat haben, in der die besten Ideale und Wunschnbilder vergangener Generationen ehrlicher christlicher

Menschen ihre Erfüllung finden. In unseren Taten für den Sozialismus beweisen wir, daß die Festigung und Weiterentwicklung unserer Republik, der starken Friedensmacht auf deutschem Boden, unser oberstes Anliegen ist. Mit diesen Taten stärken wir die politisch-moralische Einheit unseres schaffenden Volkes, in der wir unseren festen Platz gefunden haben.

Ausgehend von unserem 10. Parteitag hat sich die Arbeit unserer Christlich-Demokratischen Union und ihrer Verbände immer weiter verbessert. In dieser praktischen Arbeit, die wir in der großen Gemeinschaft aller in der Nationalen Front vereinten Kräfte leisteten, sind unsere Freunde spürbar gewachsen. Sie sind sicherer geworden in ihrem Handeln und in der Beurteilung der politisch-ideologischen Fragen. Das ist ein gutes Ergebnis der zielstrebigem politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit, die in unseren Parteiverbänden auf der Grundlage der Beschlüsse des 10. Parteitages und unserer Hauptvorstandssitzungen geleistet worden ist.

Heute diskutieren wir in unserer Partei nicht mehr über die Frage, ob ein Christ im Sozialismus mitarbeiten könne. Heute haben unsere Freunde und mit ihnen viele parteilose Christen verstanden, daß der Sozialismus jeden braucht, für alle Platz hat und allen zum Nutzen gereicht, und sie haben diese Erkenntnis in der gesellschaftlichen Praxis gewonnen. In der Praxis fanden sie bestätigt, daß die Stärkung unserer Republik und die Sicherung des Friedens eine Einheit bilden, und sie handeln danach. Das drückte sich aus in den vielen guten Taten, mit denen unsere Freunde den VI. Parteitag der SED vorbereiten halfen, und das setzt sich jetzt fort bei der Lösung der ökonomischen Aufgaben, die nun in den Städten und Dörfern, in den Betrieben und Genossenschaften nach dem VI. Parteitag zu lösen sind, um mit der Kraft des ganzen Volkes den umfassenden Aufbau des Sozialismus voranzuführen.

Dabei ist es die wichtigste Aufgabe unserer Vorstände, unseren Freunden bei der Überwindung von Unklarheiten und falschen Auffassungen zu helfen, die sich noch hemmend auf die praktische Arbeit auswirken können. Wir haben in der Zeit seit unserem 10. Parteitag immer wieder die Erfahrung gemacht, daß uns die geduldige und überzeugende, aber zugleich prinzipienfeste und kämpferische Auseinandersetzung mit Zweifelsfragen und irrigen Argumenten einzelner Mitglieder entscheidend geholfen hat, in der Arbeit unserer Partei vorwärtszukommen. Immer wieder hat sich erwiesen, daß diese Freunde uns am besten verstehen, wenn wir klar und offen mit ihnen diskutieren, und daß sie eine solche helfende Auseinandersetzung immer besser als die richtige Unterstützung der Partei in ihrem inneren Wachstumsprozeß und in ihrer praktischen Arbeit begreifen. Bestätigt hat sich die unbestreitbare Tatsache, daß wir im Bewußtsein unserer guten und gerechten Sache über die besten Argumente verfügen, die wir unseren Freunden zur Bewältigung ihrer Pro-

bleme und zur Meisterung ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Aufgaben an die Hand geben können.

Dabei haben uns die Höhepunkte im politischen Kampf der letzten Jahre besonders große Fortschritte in der Bewußtseinsbildung unserer Freunde gebracht. Das zeigte sich zum Beispiel nach dem 13. August 1961. Das war damals eine echte Bewährungsprobe für viele Unionsfreunde. Sie erkannten jetzt klarer als zuvor, daß die Deutsche Demokratische Republik am längeren Hebel der Entwicklung in Deutschland sitzt. Sie erlebten, daß die Arme der Bonner Ultras zu kurz sind, als daß sie in die sozialistische DDR hineingreifen könnten. Auch auf viele Geistliche machten die Schutzmaßnahmen unseres Staates einen nachhaltigen Eindruck. Ein Pfarrer sagte uns damals: „Nun merken wir, daß uns nichts anderes übrigbleibt, als uns in der DDR einzurichten.“ Ein anderer Geistlicher meinte mit Recht: „Allen Spekulationen und Illusionen, daß noch eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR möglich sei, ist jetzt der Boden entzogen.“ Und ein dritter Pfarrer erklärte uns, es sei doch ein Glück, daß der 13. August endlich Klarheit über die realen Verhältnisse in Deutschland geschaffen habe. Solche Erkenntnisse markieren bedeutsame Stationen in dem Wandlungs- und Reifeprozess, den die christlichen Bürger unserer Republik heute an sich selbst erleben.

Konsequent und beharrlich haben wir dann, vor allem in den Jahreshauptversammlungen des vergangenen Jahres, unseren Mitgliedern erläutert, daß es sich mit der Ehre eines guten Bürgers der Deutschen Demokratischen Republik nicht verträgt, sein Auge oder sein Ohr den Sendern des Feindes zu leihen. Einige Freunde wollten uns damals erklären, sie seien mit unserer Meinung nicht einverstanden, weil die Partei kein Recht habe, sich darum zu kümmern, welche Sender ihre Mitglieder empfangen, und weil sie darin eine Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit erblicken müßten. Aber geht es die Partei wirklich nichts an, wenn einige unserer Freunde das Gift, das der Gegner ihnen verabreichen will, in sich aufnehmen? Können wir untätig zusehen, wie unser Nächster sich an Leib und Seele schadet – an der Seele, weil dieses Gift des Gegners sein klares Denken trübt und ihn in seiner inneren Verbundenheit mit unserer sozialistischen Gemeinschaft schwanken machen soll – an seinem Leibe, weil der Feind mit seiner psychologischen Kriegführung den kollektiven atomaren Mord an unserem Volke und an der Menschheit vorbereiten will? Ich denke, solche Fragen gehen unsere Partei sehr viel an, und ihre klare Beantwortung liegt im Interesse nicht nur unserer ganzen Gesellschaft, sondern auch jedes einzelnen.

Die Freiheit, die wir auf dem Boden unserer sozialistischen Gesellschaft entwickeln und immer weiter vervollkommen, kann für den einzelnen nicht darin bestehen, sich zu vergiften und dem Selbstmord zuzusteuern. Die Freiheit in unserer Republik besteht vielmehr in der bisher in unserer Geschichte

nie gekannten Möglichkeit, die gesellschaftlichen Vorgänge und Zusammenhänge klar zu überschauen und zu durchdenken, die richtigen praktischen Schlußfolgerungen zu ziehen und die Interessen des einzelnen mit denen der Gesellschaft in volle Übereinstimmung zu bringen. Dadurch werden die größten Schöpferkräfte für die weitere Entwicklung unserer sozialistischen Gemeinschaft und damit auch für das Wohl jedes einzelnen freigesetzt. — So haben wir in unseren Ortsgruppen diese Diskussion über das schmutzige Geschäft der NATO-Sender gut nutzen können, gleich eine so wichtige Frage wie die der Freiheit in offenem, ehrlichem Meinungsstreit zu klären. Vorangekommen sind wir überall dort, wo wir solchen Diskussionen nicht ausgewichen sind, sondern prinzipiell und zielklar geführt haben. So konnten wir die Fragen vieler Freunde verständlich beantworten und ihnen damit helfen, die politischen und ökonomischen Aufgaben zu lösen.

Die Früchte dieser Arbeit zeigten sich deutlich auf unseren Bezirksdelegiertenkonferenzen im Herbst des vergangenen Jahres. Dadurch, daß wir die Vorbereitung dieser Konferenzen zu einer Sache aller Kreisvorstände und Ortsgruppen machten, konnten wir gute Voraussetzungen für die stärkere Mitarbeit unserer Partei an den neuen ökonomischen Aufgaben schaffen. Das versetzt unsere Vorstände jetzt in die Lage, in ihrer Leitungstätigkeit, das heißt letztlich in ihrer Arbeit mit den Menschen, eine solche Qualität zu entwickeln, die der Zielsetzung des Programms für den umfassenden Aufbau des Sozialismus und der ständig wachsenden Mitverantwortung unserer Partei für die Fragen der sozialistischen Ökonomik gerecht wird. Mit sichtbaren und meßbaren Erfolgen haben unsere Ortsgruppen um die besten Ergebnisse vor allem in der ökonomischen Arbeit gewetteifert und ihre Mitarbeit in der Nationalen Front wesentlich verbreitert. Überall wurde deutlich, daß die Bereitschaft unserer Mitglieder, schöpferisch an der Erfüllung unserer volkswirtschaftlichen Aufgaben mitzuarbeiten, ständig wächst.

Wir müssen uns jedoch darüber klar sein, daß all das Erreichte noch nicht genügt, um der neuen Aufgabenstellung gerecht zu werden.

Die konsequente Orientierung unserer Arbeit auf die Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne und auf die dafür notwendige Parteierziehung bedingt eine grundsätzliche Veränderung im Inhalt und im Stil unserer Leitungstätigkeit. Das beginnt bereits beim Präsidium des Hauptvorstandes. Hier müssen wir überlegen, wie wir seine Beratungen und Beschlüsse so gestalten, daß wir für die ganze Partei daraus noch besser die richtigen Schlußfolgerungen für die Behandlung und Lösung der ökonomischen Schwerpunktprobleme und der damit zusammenhängenden ideologischen Fragen herleiten können. So werden wir zum Beispiel schon im nächsten Monat eine Beratung des Präsidiums über Fragen der landwirtschaftlichen Produktion durchführen, und zwar an

Ort und Stelle, in einer LPG. Dazu wollen wir auch eine Reihe erfahrener Fachleute aus der Landwirtschaft einladen. Dort wollen wir darüber beraten, wie wir mit der Kraft unserer Freunde unsere sozialistische Landwirtschaft unterstützen können. Diese neuen Methoden der Arbeit wollen wir auch der zukünftigen Leitungstätigkeit des Präsidiums und des Hauptvorstandes zugrunde legen, und auch unseren Bezirks- und Kreisvorständen empfehlen wir, ähnliche Überlegungen auf diesem und auf anderen Gebieten anzustellen. Dadurch wird unsere gesamte Leitungstätigkeit einen höheren politisch-ökonomischen Nutzeffekt erzielen.

Nur so können wir jenen Mangel in unserer Vorstandsarbeit überwinden, daß die Beschlüsse häufig noch viel zu allgemein gefaßt sind, weil sie nicht von der konkreten Situation im jeweiligen Zeitpunkt und auf dem jeweiligen Territorium ausgehen und weil sie aus einer solchen Analyse nicht die notwendigen Schlußfolgerungen für unsere Parteiarbeit ableiten.

Exakte Beschlüsse werden auch leichter durchzuführen und zu kontrollieren sein, weil sie eben nicht mehr allgemeine Erklärungen darstellen, sondern sich die Erfahrungen und die Initiative vieler bewährter, sachkundiger Freunde auf bestimmten Gebieten darin widerspiegelt, weil sie meßbare Aufgaben stellen und weil sie die Tatkraft unserer Freunde zur Verwirklichung dieser konkret gewiesenen Aufgaben anspornen.

Wir haben uns auf den Beratungen des Hauptvorstandes wiederholt mit den Fragen der Leitungstätigkeit unserer Bezirksverbände beschäftigt. Besonders der kritische Bericht des Präsidiums auf der XI. Hauptvorstandssitzung in Burscheidungen hat dazu geführt, daß einige Bezirksvorstände und -sekretariate ihre Leitungsmethoden gründlich verändert haben. Das wird besonders spürbar in Halle und auch im Berliner Bezirksverband. Allerdings müssen die Freunde in Berlin sich noch Mühe geben, weniger mit Rundschreiben und dafür mehr mit operativen Einsätzen zu arbeiten.

Aber noch immer glauben einige Freunde, sie könnten die Aufgaben von heute mit den Methoden von gestern lösen. So hat zum Beispiel der Bezirksvorstand Frankfurt (Oder) in seiner ersten Sitzung nach der Bezirksdelegiertenkonferenz am 18. Oktober 1962 das Bezirkssekretariat beauftragt, die Bilanzen der Ortsgruppen eingehend zu analysieren und den Ortsgruppen zu antworten. Wollte man sich auf die Angaben des Bezirkssekretariats Frankfurt (Oder) verlassen, dann wäre dieser Beschluß erfüllt; denn in einem Protokoll vom 22. November 1962 wird dieser Punkt bei der Beschußkontrolle als „erledigt“ ausgewiesen. Doch offensichtlich gehen unsere Auffassungen und die des Bezirkssekretariats über die „Erledigung“ eines Beschlusses noch sehr auseinander. Eine Kontrolle der Parteileitung ergab, daß bis zum 7. Februar noch keine einzige Ortsgruppe eine Antwort vom Bezirksverband erhalten hatte. Auf eine entsprechende Frage mußte das Bezirkssekre-

tariat das auch bestätigen. Wir sind sicher, daß sich die Freunde des Bezirksvorstandes Frankfurt mit einer solchen Methode des Sekretariats, die gemeinsam gefaßten Beschlüsse zu erledigen, nicht zufriedengeben werden.

In solchen Versäumnissen bei der Beantwortung der Briefe unserer Ortsgruppen äußert sich doch eine geradezu unverantwortliche Geringschätzung der Arbeit unserer Ortsgruppen und auch der Meinung unserer Mitglieder. Leitungstätigkeit ist eben Arbeit mit den Menschen und nicht Arbeit mit dem Papier. In einigen Bezirkssekretariaten aber wurden nicht die Menschen gesehen, die hinter diesen Briefen und Vorschlägen an die Bezirksdelegiertenkonferenzen standen. Deshalb sagen wir in aller Deutlichkeit, daß es sich hier nicht nur um ein entschuldbares Versäumnis handelt, sondern um einen ernststen Fehler. Anleitung, Hilfe und Unterstützung für unsere Verbände, besonders aber für unsere Ortsgruppen – das gehört unbedingt zu den Kriterien einer guten Leitungstätigkeit. Es genügt nicht, sich nur dann auf unsere Ortsgruppen zu besinnen, wenn Delegiertenkonferenzen oder Jahreshauptversammlungen vor der Tür stehen. Wir müssen kontinuierlich mit unseren Ortsgruppen arbeiten, damit jeder Ortsgruppenvorstand als Kollektiv befähigt wird, eigenverantwortlich auf der Grundlage der Beschlüsse der übergeordneten Vorstände die Arbeit der Partei im Dorf oder in der Stadt zu leiten.

Das heißt natürlich nicht, daß der Kreissekretär den gewählten Vorsitzenden und Vorständen alle Arbeit abnimmt, die Versammlungstermine festlegt, die Einladungen schreibt und jedes Referat selbst übernimmt. Hier wird, so gut das vielleicht gemeint ist, eine praktizistische Arbeit geleistet, die nicht weit von Gängelei und Administrieren entfernt ist. Eine solche Arbeitsweise hilft nicht, unsere Ortsgruppenvorstände zu selbständigem Handeln zu befähigen.

Unser Freund Lisz, Kreissekretär in Eisenach, gehört zu diesen Funktionären. Anstatt sich auf die Freunde des Kreisvorstands, also auf ehrenamtliche Mitarbeiter, auf ein Kollektiv zu orientieren, ist er der Meinung, er müsse alles selbst machen. Dadurch werden weder die Ortsgruppen befähigt, selbständig ihre Aufgaben zu erkennen und die Beschlüsse der übergeordneten Vorstände zu verwirklichen, noch entwickelt sich der Kreisvorstand zu einem arbeits- und einsatzfähigen Kollektiv.

Der Kreissekretär von Brand-Erbisdorf, Unionsfreund Sauter, ist im gewissen Sinne das Gegenteil unseres Freundes Lisz. Er läßt sich kaum in den Ortsgruppen sehen und besitzt deshalb auch keinen Überblick über die Situation in unseren Ortsgruppen. So war er zum Beispiel der Meinung, keine der Ortsgruppen des Kreisverbandes würde sich am Wettstreit beteiligen. Die Ortsgruppen aber waren besser als die Meinung des Kreissekretärs über sie und korrigierten diese falsche Auffassung durch ihre Tat.

Eine Reihe von Ortsgruppen sind von unseren Bezirks- und Kreissekretariaten anscheinend völlig abgeschrieben

worden. Was soll man sonst von Ortsgruppen sagen, die schon seit Jahren immer wieder als Schwerpunkte bezeichnet wurden, aber bisher nicht zu arbeitsfähigen Ortsgruppen entwickelt werden konnten? Eine Reihe solcher Ortsgruppen gibt es zum Beispiel im Kreisverband Pasewalk, Bezirksverband Neubrandenburg. In den Ortsgruppen Krackow, Meewegen, Nadrensee und anderen wurde die Durchführung der Mitgliederversammlungen in den vergangenen Jahren stark vernachlässigt. Deshalb konnten gerade in diesen Ortsgruppen verschiedene politische Unklarheiten bei einigen Freunden noch nicht beseitigt werden. Im vergangenen Jahr wurde in diesem Kreis ein Brigadeeinsatz durchgeführt, und es schien sich eine Veränderung zum Guten anzubahnen. Aber heute gehören diese Ortsgruppen wieder zu denen, die nur sehr unregelmäßig ihre Mitgliederversammlungen durchführen, die nicht genügend in der Nationalen Front und in der Gemeinde wirksam werden. Ursache dafür ist nicht allein die Arbeit der Ortsgruppenvorstände, sondern eine schlechte Führungstätigkeit des Kreisvorstandes Pasewalk.

In den Kreisvorstandsberatungen werden die politischen und ökonomischen Fragen nur oberflächlich behandelt. Der Kreisvorstand wurde nicht als kollektives Organ wirksam und überließ die Arbeit dem Kreissekretär. So wie der Kreissekretär aber die Beschlüsse des eigenen Kreisvorstandes nicht ernst nahm, so glaubte er sich auch über die Weisungen der Parteileitung hinwegsetzen zu können. Bei den Jahreshauptversammlungen im vergangenen Jahr beispielsweise ließ er den Hinweis des Sekretariats des Hauptvorstandes über die Notwendigkeit einer verstärkten Auseinandersetzung gegen den Empfang feindlicher Rundfunk- und Fernsehstationen völlig außer acht. In der Mehrzahl der Ortsgruppen des Kreisverbandes gab es deshalb auch keine ideologische Auseinandersetzung darüber, und die Fragen unserer Mitglieder blieben unbeantwortet.

Unsere Mitgliederversammlungen sind doch die Hauptform der politisch-ideologischen Auseinandersetzung. Hier muß jetzt eine konkrete, auf ökonomische Ergebnisse gerichtete Überzeugungsarbeit geleistet werden. Das erfordert, sorgfältig zu analysieren, welche Unklarheiten es noch gibt, die zu Hemmnissen bei der Durchsetzung der ökonomischen Aufgaben werden. Mit diesen Fragen und Vorbehalten unserer Mitglieder müssen wir uns in unseren Mitgliederversammlungen zielgerichtet auseinandersetzen. Die Verbesserung unserer Leitungstätigkeit muß sich in einer Verstärkung der Wirksamkeit unserer Ortsgruppen bei der Lösung aller politisch und volkswirtschaftlich wichtigen Aufgaben in der Stadt und im Dorf äußern. Wir messen den Erfolg unserer Parteiarbeit daran, wie unsere Ortsgruppen zur Lösung dieser Aufgaben beigetragen haben.

Wenn wir uns den Inhalt der Mehrzahl unserer Mitgliederversammlungen ansehen, dann zeigt sich, daß unsere Freunde sich mit wachsendem Erfolg bemühen, die politischen und ideologischen Fragen mit den Aufgaben im Dorf und in der

Stadt zu verbinden und Schlußfolgerungen für die Arbeit unserer Ortsgruppen im Rahmen der Nationalen Front zu ziehen. Diese Schlußfolgerungen sind in zunehmendem Maße darauf gerichtet, die Ortsgruppe als Kollektiv zur Wirksamkeit zu bringen. Doch nach wie vor ist es nur ein Teil unserer Mitglieder, der regelmäßig an unseren Versammlungen teilnimmt. Noch immer sind es nur 70 Prozent der Ortsgruppen, die ihre Mitgliederversammlungen regelmäßig durchführen.

Wie aber wollen wir unserer Verantwortung für die Erziehung unserer Mitglieder zum ökonomischen Denken gerecht werden, wenn sie nicht in unseren Mitgliederversammlungen mit den konkreten Problemen unseres sozialistischen Aufbaus vertraut gemacht werden, wenn sie nicht auch durch unsere Mitgliederversammlungen Anregungen erhalten, wie sie durch die Teilnahme am sozialistischen Massenwettbewerb, durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, durch die Förderung der Gemeinschaftsarbeit beitragen können, ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen als Mitglieder der CDU nachzukommen?

Die neuen Aufgaben veranlassen uns auch zu einer gründlichen Veränderung des Inhalts und der Methoden in unserer Schulungsarbeit. Gegenwärtig prüfen wir zusammen mit den Freunden des Dozentenkollegiums in Burgscheidungen, wie der Lehrplan unserer Zentralen Schulungsstätte umzugestaltet ist. Grundprinzip wird dabei die noch engere Verbindung der theoretischen Aussagen mit den praktischen Erfahrungen unserer Freunde und den wachsenden politisch-ökonomischen Aufgaben unserer Partei sein. Die Veränderungen sollen dazu führen, unsere Freunde, die unsere Schule besuchen, mit den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus vertraut zu machen, damit sie ihre Arbeit in ihrem Beruf und in der Partei verbessern können. Das wird zweifellos auch eine Umstellung für einige Freunde des Dozentenkollegiums mit sich bringen. Diese Freunde werden nun über die Grenzen ihrer bisherigen Lehrgebiete hinaus in größeren Zusammenhängen und Komplexen denken müssen. Sie werden nach neuen Wegen suchen müssen, den Lehrstoff mit dem unmittelbaren Aufgabenbereich der Lehrgangsteilnehmer zu verbinden, an ihre Erfahrungen anzuknüpfen und die praktische Nutzanwendung aus den theoretischen Erkenntnissen weitaus stärker zu betonen.

Ähnlich tiefgreifende Veränderungen werden sich auch in unserem Politischen Studium vollziehen. Nachdem wir in den letzten Jahren das Wesen der nationalen Frage und den geschichtlichen Auftrag unserer Republik in unseren Zirkeln geklärt haben, werden wir uns im neuen Studienjahr mit den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus gründlich beschäftigen. Dabei werden wir immer wieder von der Frage ausgehen, was jeder einzelne Unionsfreund an seinem Arbeitsplatz, in seinem Betrieb, in seiner Genossenschaft tun kann und tun muß, um diese Gesetze bewußt anzuwenden und konsequent durchzusetzen. Auf diese Weise wird es uns am besten gelingen, die Behandlung der Studienthemen mit kon-

kreten Ergebnissen für unsere praktische ökonomische und politische Arbeit zu verbinden. So wird unser politisches Studium einen wertvollen Beitrag zur Herstellung der vollen Einheit von volkswirtschaftlichen Aufgaben und sozialistischer Erziehung in unserer Partei leisten können.

Zur neuen Qualität unserer Leitungstätigkeit gehört auch eine Verbesserung der Kaderarbeit. Die Partei trägt die Verantwortung dafür, daß jeder Freund, der eine bestimmte Aufgabe übertragen erhält, über die erforderlichen Kenntnisse in seinem Aufgabengebiet verfügt. Heute genügt es nicht mehr, von einem Funktionär unserer Partei ein hohes Staatsbewußtsein zu verlangen, sondern er muß zugleich die nötigen Fachkenntnisse besitzen. Schon der Karl-Marx-Städter Beschluß des Hauptvorstandes hatte sich vor allem mit diesen vordringlichen Fragen beschäftigt. Wenn es daraufhin auch gelungen ist, einige Fortschritte zu erreichen, zum Beispiel bei der vollständigen Besetzung der Planstellen im Parteiapparat und bei der Einschränkung der Fluktuation, bei der Erhöhung der Zahl von Studierenden an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“ und bei der Auslastung der Plätze an unserer Zentralen Schulungsstätte, so ist doch festzustellen, daß es erhebliche Mängel bei der Verwirklichung dieses Beschlusses gibt. Dort war hervorgehoben worden, daß die Kaderarbeit eine wichtige Aufgabe der Vorstände in ihrer Gesamtheit darstellt. Die Vorstände haben seitdem zwar stärker ihre kollektive Verantwortung für die Kaderfragen wahrgenommen; dennoch konnte der Karl-Marx-Städter Beschluß nicht vollständig durchgeführt werden, weil sowohl von der Parteileitung als auch von den Vorständen diese Aufgaben häufig als „Ressortangelegenheit“ betrachtet worden sind, nicht systematisch durchgeführt wurden und eine ausreichende Kontrolle fehlte. Das hatte zur Folge, daß es noch nicht zur Bildung einer Kaderreserve gekommen ist. Der Bezirksverband Erfurt hat erst vor einiger Zeit Maßnahmen getroffen, um die Absolventen der Zentralen Schulungsstätte richtig einzusetzen und ihre Entwicklung ständig im Auge zu behalten. Alle Vorstände unserer Partei müssen unverzüglich ähnliche Maßnahmen einleiten und die Bildung der Kaderreserve kontrollieren.

Unser Hauptaugenmerk muß sich auf die Qualifizierung der hauptamtlichen Funktionäre richten. Ein Kreissekretär unserer Partei wird zum Beispiel in den ländlichen Ortsgruppen nur dann eine gute Anleitung geben können, wenn er ausreichende Kenntnisse auf dem Gebiet der Landwirtschaft hat, d. h. wenn er weiß, mit welchen Methoden z. B. der Wettbewerb in der Landwirtschaft organisiert werden muß. Ein Instrukteur für ökonomische Fragen des Bezirkssekretariats wird nur dann unseren Freunden Hilfe und Anleitung bei der Verwirklichung der Volkswirtschaftspläne geben können, wenn er über die erforderlichen fachlichen Kenntnisse verfügt und einen genauen Überblick über die im jeweiligen Bereich zu lösenden ökonomischen Aufgaben hat.

Einen Schritt in dieser Richtung stellt die politische Weiterbildung unserer hauptamtlichen Funktionäre dar, die unsere Freunde schnell und praxisverbunden qualifizieren soll. Deshalb irrt sich unser Kreissekretär in Querfurt, Unionsfreund Meinke, wenn er sagt, er habe jahrelang ausreichendes Wissen besessen und werde es auch in Zukunft ohne Weiterbildung besitzen. Bezeichnenderweise wurde gerade aus diesem Kreisverband in den Jahren 1960, 1961 und 1962 kein einziger Unionsfreund an die Zentrale Schulungsstätte delegiert. Darin zeigt sich, wie sehr der Vorstand dort die Fragen der Qualifizierung unterschätzt.

Der Anteil der Unionsfreundinnen an der Parteiarbeit hat sich in den vergangenen Jahren merklich erhöht. Die Zahl der Unionsfreundinnen in den neugewählten Bezirksvorständen ist auf 25 Prozent angestiegen. Dennoch gibt es noch ungenutzte Möglichkeiten. Wir können unter unseren Unionsfreundinnen eine weit größere Zahl wertvoller Mitarbeiter gewinnen, wenn es uns gelingt, sie in die planvolle Qualifizierung einzubeziehen und sie zugleich an die praktische Parteiarbeit oder in die ehrenamtliche Mitarbeit in den Kommissionen des Staatsapparates und in der Nationalen Front einzubeziehen. Unsere Vorstände sollten die vielfach bewiesene Einsatzbereitschaft unserer Unionsfreundinnen besser nutzen und durch systematische Kaderarbeit zur Verwirklichung des Kommuniqués „Die Frau – der Friede und der Sozialismus“ beitragen.

Das gesamte Wirken unserer Partei, die gesellschaftliche Aktivität und Initiative eines jeden Mitglieds bei der Mitwirkung an der Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben muß voll und ganz in die Tätigkeit der Nationalen Front einmünden. Die Ihnen heute im Entwurf vorliegende Direktive und die damit verbundene Aufgabenstellung für die Jahreshauptversammlungen ziehen die notwendigen Schlussfolgerungen, die sich für unsere Ortsgruppen aus dem Programm des Sozialismus ergeben. Die Direktive orientiert die gesamte Partei auf die verstärkte und verbesserte Mitarbeit an der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes. Die Aufgaben, die sich unsere Freunde in den Ortsgruppen für die Unterstützung der politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung in ihrem Wirkungsbereich stellen, sollen in den Jahreshauptversammlungen in einem Programm der Ortsgruppe zum Volkswirtschaftsplan 1963 zusammengefaßt werden. In Ihren Tagungsunterlagen finden Sie Empfehlungen für dieses Arbeitsprogramm, mit denen wir unseren Ortsgruppen Hinweise geben wollen, auf welche Hauptaufgaben sie ihre Mitarbeit hinlenken sollen. Zum Zeichen dafür, daß sich unsere Mitarbeit bei der Lösung der ökonomischen Aufgaben in erster Linie in der Nationalen Front und durch die Nationale Front vollziehen wird, empfehlen wir unseren Ortsgruppen, dieses Arbeitsprogramm nach ihrer Jahreshauptversammlung dem örtlichen Ausschuß der Nationalen Front zu übergeben. Das wird wiederum helfen, seine Arbeit zu verbessern. So wird vor der demokratischen Öffentlichkeit die Feststellung unseres

10. Parteitages bekräftigt werden, daß sich die schöpferische Mitarbeit der Christlich-Demokratischen Union am sozialistischen Aufbau im Ringen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vollzieht.

Die meisten von uns sind bereits seit langen Jahren in der Arbeit der Nationalen Front tätig. Dennoch begegnen wir gelegentlich noch einer Unterschätzung der Bedeutung der Nationalen Front. Ich möchte daher noch einmal mit allem Nachdruck betonen: Unsere Nationale Front des demokratischen Deutschland ist nicht irgendeine Organisation unter anderen. Sie ist vielmehr das große, unverbrüchliche Bündnis aller friedliebenden und patriotischen Kräfte unseres Volkes, die unter Führung der Partei der Arbeiterklasse, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in unserer Republik den Sozialismus umfassend aufbauen und damit für ein friedliches Leben unserer ganzen Nation kämpfen. Unsere Christlich-Demokratische Union ist ein unlösbarer Bestandteil dieser fest geschlossenen Kampfgemeinschaft, weil die politischen und gesellschaftlichen Anliegen der christlichen Demokraten mit den Zielen der Nationalen Front voll übereinstimmen und weil das gemeinsame Ringen um die Verwirklichung dieser Ziele die Gewähr für den Triumph unserer edlen, gerechten und zutiefst humanistischen Sache ist.

In der Erkenntnis, daß der Sozialismus die Zukunft und der Friede ist, haben alle in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinten Parteien und gesellschaftlichen Organisationen den sozialistischen Weg auf ihr Banner geschrieben. So hat unsere nationale Bewegung sich in zunehmendem Maße den Problemen des sozialistischen Aufbaus zugewandt. Sie wurde zur großen sozialistischen Volksbewegung, zu der festen Massenbasis, auf die unser Staat sich jetzt bei der Lösung der ökonomischen und politischen Aufgaben in der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus stützt.

Einige unserer Freunde stellen die Frage, ob sich die Nationale Front neuerdings nicht zu stark mit ökonomischen Fragen beschäftige. Es liege doch schon in ihrem Namen begründet, daß sie sich in erster Linie mit den Fragen der Nation zu befassen habe. Aber die Erfahrungen unseres gemeinsamen Kampfes um die Lösung der nationalen Frage lehren und bestätigen uns doch, daß wir eine friedliche Zukunft unserer Nation nur dann sichern werden, wenn wir die Basis des künftigen friedliebenden Deutschlands, die Basis unseres nationalen Kampfes stärken, das heißt, wenn wir den Einfluß unserer Deutschen Demokratischen Republik auf die Entwicklung in ganz Deutschland immer nachhaltiger geltend machen. Der Weg zu diesem Ziel aber führt über die allseitige und qualitätsgerechte Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne, über die konsequente Verwirklichung unseres Perspektivplanes bis 1970, wofür wir besonders in diesem Jahr die Voraussetzungen schaffen müssen.

Ausgehend von der richtigen Erkenntnis dieser Zusammenhänge muß unsere Partei alle ihre Kräfte in der Nationalen

Front so wirksam werden lassen, daß solche unmittelbaren ökonomischen Aufgaben überall in den Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Hausgemeinschaften im Mittelpunkt der gemeinsamen Arbeit stehen. Durch unsere Parteierziehung schaffen wir bei unseren Mitgliedern die Grundlagen dafür. Andererseits wird die verstärkte Mitarbeit unserer Freunde in der Nationalen Front wieder positiv auf die Qualität unserer Ortsgruppen- und Vorstandsarbeit zurückwirken. Zugleich strahlen wir durch unser Wirken in der Nationalen Front auf immer größere Kreise der parteilosen christlichen Bürger aus.

Einige Pfarrer hatten uns jetzt nach dem VI. Parteitag der SED gefragt, ob sich die CDU nun bei der ökonomischen Orientierung nicht mehr so wie bisher um die Geistlichen und überhaupt um die christlichen Bevölkerungskreise kümmere. Natürlich erblicken wir nach wie vor in der Arbeit unter der christlichen Bevölkerung, mit Pfarrern und anderen kirchlichen Amtsträgern unseren besonderen gesellschaftlichen Auftrag. Aber wir werden künftig in den Gesprächen mit den christlichen Bürgern und auch in den Beratungen der Arbeitsgruppen „Christen“ nicht allgemein über den Frieden reden, sondern auch dort, ausgehend von den ökonomischen Fragen, genau erörtern, was in dieser Beziehung getan werden muß, damit die Heimstatt des Friedens in Deutschland, unsere Deutsche Demokratische Republik, immer mehr gestärkt wird. Auch hier geht es also um einen neuen Inhalt unserer Arbeit.

In diesem Zusammenhang möchte ich zu einigen Argumenten Stellung nehmen, die während der letzten Wochen und Monate unter Geistlichen und in christlichen Kerngemeinden aufgetaucht sind. Damit soll all unseren Unionsfreunden und vor allem den verantwortlichen Mitarbeitern geholfen werden, noch wirksamer und überzeugender als bisher den ideologischen Klärungsprozeß in einigen Kreisen der christlichen Bevölkerung voranzutreiben und Unklarheiten zu überwinden, die manchen christlichen Bürger noch hemmen, seine ganze Kraft für den umfassenden Aufbau des Sozialismus, für die Lösung der vorrangigen ökonomischen Aufgaben einzusetzen.

In der Volksausprache zum Programm des Sozialismus haben unsere Mitglieder in allen Bezirken der Republik Gespräche mit kirchlichen Amtsträgern über ihre staatsbürgerliche Verantwortung geführt. Das Präsidium des Hauptvorstandes hat in einem Brief alle Theologen und Geistlichen, ihre Erfahrungen für unsere gesellschaftliche Entwicklung nutzbar zu machen. Dieser Brief hat ein vielfältiges Echo gefunden. Zahlreiche Bischöfe und Superintendenten sowie Hunderte von Pastoren haben auf ihn geantwortet. Im ganzen sind wir auf diese Weise im letzten Vierteljahr mit 2265 kirchlichen Amtsträgern ins Gespräch gekommen. Dabei brachte die Mehrzahl von ihnen immer wieder ihre Dankbarkeit dafür zum Ausdruck, daß sie von uns auf ihre Mitverantwortung für das Leben unseres Volkes angesprochen wurden.

Viele Pfarrer unterbreiteten Vorschläge, deren Bearbeitung durch die Parteileitung und die Sekretariate unserer Bezirks-

vorstände im Gange ist. Ich möchte hier aus einem der vielen Briefe zitieren. Ein Pfarrer aus einem Dorf in einem Grenzkreis schreibt: „Zur Antwort zunächst drei Vorbemerkungen:

1. Ich bejahe unbedingt die Zusammenarbeit von Christen und Marxisten in allen Bemühungen um die Erhaltung des Friedens wie auch beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Ich weiß mich von Römer 13 her verpflichtet, dem Staat, in dem ich lebe, auch zu dienen, weil ich nicht durch Zufall, sondern nach Gottes Willen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik bin. Ich sehe in der neustamentlichen Forderung ‚Untertan sein der Obrigkeit‘ nicht eine Forderung, die sich nur auf das Negative beschränkt, nichts gegen den Staat zu tun, sondern eine Mahnung zu ehrlicher, positiver Mitarbeit.

2. Ich lehne jenen Begriff vom ‚Wächteramt der Kirche‘ ab, der im Sinne eines Aufsichtsamtes über den Staat gemeint ist. Dieses läßt sich in keiner Weise von der Schrift her legitimieren.

3. Ich bejahe die Aufgaben der CDU und ihre Ziele. Zu dieser Bejahung bin ich allerdings erst nach längerer Mitarbeit im Christlichen Arbeitskreis für den Frieden gekommen.“

Dieser letzte Satz ist besonders interessant. Es ist eine alte Erfahrung, daß klare politische Überzeugungen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und bei der Bewältigung der konkreten Aufgaben des Tages wachsen. Aus diesem Grunde ist es wichtig, daß wir die Pfarrer und Glieder der Kerngemeinden zur Mitarbeit gewinnen, daß wir sie aus der Isolierung befreien, in der sich einige gegenüber den Realitäten unseres Lebens abkapseln.

Das scheinen einige Bezirksverbände zu unterschätzen. Wie sollte man es sonst verstehen, daß im Bezirksverband Schwerin zum Beispiel im letzten Vierteljahr lediglich mit 31, im Bezirksverband Frankfurt/Oder nur mit 33 Pfarrern Gespräche geführt wurden? Auch der Bezirksverband Leipzig entwickelte eine völlig unzureichende Aktivität.

Die Freunde in Cottbus dagegen haben aus der Kritik, die wir nach der Volkswahl vom 17. September 1961 (an der sich nur ein geringer Prozentsatz der Geistlichen dieses Bezirkes beteiligte) an ihnen üben mußten, die richtigen Schlußfolgerungen gezogen. Sie sind zu einer kontinuierlichen Arbeit im guten Zusammenwirken mit den Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ bei den Ausschüssen der Nationalen Front übergegangen. Diese Arbeit beginnt ihre Früchte zu tragen. Auch in den Bezirken Neubrandenburg, Dresden, Erfurt, Magdeburg und Berlin zeigen sich Erfolge auf diesem Gebiet.

Zahlreiche Geistliche erkennen, daß sie ihre staatsbürgerliche Verantwortung nicht in rechter Weise wahrnehmen und ihren Gemeinden auf diesem Gebiet nur wenig helfen können, wenn sie nicht wenigstens über einige Grundkenntnisse beim Aufbau des Sozialismus verfügen. Sie haben damit eine Einsicht gewonnen, die die Mitglieder unserer Partei

und Tausende parteiloser Christen seit Jahren befähigt, an verantwortlicher Stelle bei der Gestaltung unseres Volkslebens mitzuwirken. Alle diejenigen Unionsfreunde, die in den Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ tätig sind und die auf diesem Gebiet große Erfahrungen besitzen, sollten mithelfen, daß in diesen Arbeitsgruppen intensiver und kontinuierlicher Grundprobleme des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens und der sozialistischen Ökonomik behandelt werden.

Im Bezirk Erfurt haben Geistliche mehrfach gefordert, über den Dorfwirtschaftsplan ihrer Gemeinde oder die ökonomischen Schwerpunkte im Kreis informiert zu werden. Ein Pfarrer aus dem Bezirk Leipzig schreibt dazu: „Ich selbst habe mich von meinem Wohnort her besonders mit Fragen der Landwirtschaft beschäftigt. Vielleicht darf ich darauf hinweisen, daß ich darüber auch schriftlich dem Rat des Kreises eine Reihe von Vorschlägen unterbreite habe auf Grund meiner vorübergehenden Arbeit in unserer LPG.“ Dies bestätigt die Richtigkeit der Aussagen über die kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten, wie sie im Gespräch vom 9. Februar 1961 gemacht wurden. Immer wieder bejahten unsere Gesprächspartner ausdrücklich diese Gemeinsamkeit im Zeichen eines echten Humanismus.

Ein hoher kirchlicher Würdenträger bringt in seinem Brief an das Präsidium des Hauptvorstandes zum Ausdruck, daß es für ihn nicht verständlich sei, wenn unsere Partei so „aktiv und wirksam die Belange des sozialistischen Staates und die Anliegen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gegenüber den Christen“ vertrete. Wir christlichen Demokraten in der Deutschen Demokratischen Republik denken nicht mehr in den Kategorien des politischen Lebens in einem kapitalistischen Staat, in dem einer des anderen Wolf ist. Die Partei der Arbeiterklasse ist nicht unser Feind, sondern unser Freund, mit dem wir im Kampf um die Lösung der Lebensfragen unserer Nation unlösbar verbunden sind. Wir sind für den Sozialismus, nicht obwohl wir Christen sind, sondern weil wir Christen sind, weil wir uns mit allen Kräften der Nationalen Front in der Verantwortung für den Menschen einig wissen. Es ist theologisch legitim, wenn Christen ihre Proexistenz als Eintreten für die Interessen der Gesamtheit verstehen. Das aber tut die Christlich-Demokratische Union.

Wir sehen in der Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte eine der größten Errungenschaften unserer DDR, die wir niemals mehr eintauschen möchten gegen das Wiedereinander der politischen Kräfte in dem kapitalistischen Gesellschaftssystem. Es zeigt sich im Weltmaßstab immer mehr, daß der Kapitalismus heute nicht mehr imstande ist, die gesellschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, vor denen die Menschheit steht. Nur der Sozialismus vermag die großen Aufgaben unserer Epoche zu bewältigen.

Es gibt keine spezifisch christlichen Lösungen politischer und ökonomischer Fragen. Der Christ muß vom Evangelium her die sachlich und damit auch menschlich besten Lösungen

dieser Probleme suchen. Es ist unsere tausendfach bestätigte Erfahrung, daß die moderne Gesellschaftswissenschaft den Weg zur Lösung dieser Fragen zeigt. Die Arbeiterklasse und ihre Partei haben nicht nur diese wissenschaftlichen Erkenntnisse am klarsten erarbeitet, sie haben sie in Verbindung mit allen Werktätigen in der Praxis umgesetzt.

Mit der Anerkennung der politischen Führung der SED beim Aufbau des Sozialismus ist für uns Christen nicht die Preisgabe unseres Glaubens verbunden. Es ist eben nicht so, wie uns ein Superintendent schreibt, daß nach seiner Meinung unsere marxistischen Freunde von einem Christen verlangen, daß er von seinem Glauben lassen muß, um gemeinsame Arbeit zum Wohle des Ganzen leisten zu können. Hunderttausende von Genossenschaftsbauern und Handwerkern, Lehrer und Techniker, Staatsfunktionäre und Kulturschaffende bewähren Tag für Tag in qualifizierter Arbeit und verantwortlicher Leitungstätigkeit ihre staatsbürgerliche Verantwortung und damit gleichzeitig ihre christliche Existenz im Sozialismus.

In Jördenstorf, Kreis Teterow, haben zum Beispiel Mitglieder unserer Partei in einer Aussprache mit Pfarrern und Mitgliedern von Kirchengemeinderäten festgestellt, daß der VI. Parteitag der SED uns alle angeht und daß beim umfassenden Aufbau des Sozialismus die Mitarbeit aller Christen einfach notwendig ist.

Im Kreisverband Suhl diskutierte man in einigen Ortsgruppen über Gewissenskonflikte, die Christen daran hinderten, gute Bürger unseres Staates zu sein. Auch verschiedene Pfarrer meinen, daß unsere Partei für die Gewissenskonflikte einzelner Christen zu wenig Verständnis aufbringe. Was ist zu diesem Problem zu sagen?

Natürlich sind solche großen revolutionären Wandlungen und Umwälzungen, wie wir sie durchleben, für den einzelnen mit besonderen Problemen und oft schweren Konflikten verbunden. Diese Konflikte sind jedoch nicht im christlichen Glauben begründet. Sie haben ihre Ursache vielmehr darin, daß manche Christen mit ihrem Denken und Fühlen noch in den Traditionen der alten, untergehenden Welt verwurzelt sind. Wer aber sein Christsein ernst nimmt, der wird heute froh darüber sein, daß er in einem Staat leben und arbeiten kann, in dem der Gegensatz zwischen der Friedensliebe des einzelnen und der Kriegspolitik einer kapitalistischen Regierung überwunden ist. Das eigentliche Ärgernis bricht für den Christen heute dort auf, wo – wie in Westdeutschland – sein Glaube mißbraucht wird zur Rechtfertigung einer Politik, die die Menschheit an den Rand des Abgrundes führt. Dort liegen die echten und schweren Gewissenskonflikte für einen Christen.

In letzter Zeit haben die Angriffe der Exponenten des politischen Klerikalismus in Westdeutschland auf unsere Partei zugenommen. Die sich sonst sehr seriös gebende katholische „Herder-Korrespondenz“ widmet in ihrer Januar-Num-

mer einen sehr umfangreichen Artikel unserer Arbeit. Darin wirft man uns vor, wir versuchten, „Keile in die christliche Bevölkerung zu treiben und vor allem die Kirchenführungen zu isolieren“. Diese Behauptungen sind geradezu absurd. Uns geht es nicht um eine Isolierung der Kirchenleitungen, sondern um ein konstruktives Gespräch mit ihnen, um ihre Mitarbeit. Wir treiben keinen Keil in die christliche Bevölkerung.

Wir gehen lediglich davon aus, daß es einen für jeden unvoreingenommenen Beobachter leicht zu bemerkenden Unterschied gibt zwischen denen, die in der Vergangenheit, wie etwa Jesuitenpater Delp und der protestantische Geistliche Paul Schneider, gegen den Faschismus gekämpft und dabei als Glaubenszeugen ihr Leben gelassen haben – und jenen kirchlichen Würdenträgern, die in ihren Hirtenbriefen und anderen Verlautbarungen zur Unterstützung des Faschismus und seines Kampfes gegen die Sowjetunion aufgerufen haben. Das ist ein historischer Tatbestand.

Aber auch heute zeigt sich dieser Unterschied wieder, vor allem in Westdeutschland; es ist der Unterschied zwischen denen, die in der Erhaltung des Friedens ihre höchste Verantwortung sehen, und denen, die sogar den Atomkrieg theologisch zu rechtfertigen suchen. Die „Herder-Korrespondenz“ wirft uns in ihrem Artikel weiter vor, wir versuchten den Unterschied zwischen dem christlichen Glauben und dem dialektischen Materialismus zu verwischen. Das wird ausgerechnet von denen behauptet, die sich nicht schämen, die Bergpredigt mit der Atomkriegspolitik zu vermischen, und dabei sind sie nicht etwa so dumm, daß sie nicht lügen, wie sie lügen.

Uns geht es darum, den Mißbrauch der christlichen Botschaft durch die Imperialisten zu beseitigen und das Evangelium von dem Ballast der bereits geschichtlich verurteilten bürgerlich-kapitalistischen Welt zu befreien. Natürlich ist das in erster Linie eine Aufgabe der Kirche selbst. Aber wir sind an dieser Neubestimmung nicht nur als Christen lebhaft interessiert, wir erwarten gerade auch als Staatsbürger, daß kirchliche Persönlichkeiten nicht die alten kapitalistischen Zustände in der Industrie oder auf dem Lande als gottgewollt proklamieren. Wenn dies getan wird, entstehen allerdings Konflikte, die ihre Wurzeln nicht im christlichen Glauben, sondern im Klassenkampf haben.

Heute leisten die christlichen Werk tätigen in der Industrie und Landwirtschaft, ja auf allen Gebieten unserer Republik Hervorragendes beim umfassenden Aufbau des Sozialismus. Fragen wir doch einmal unsere der CDU angehörenden Vorsitzenden der LPG, unsere Mitglieder in sozialistischen Brigaden, unsere Freunde im Staatsapparat oder in der Nationalen Front, ob sie sich als Bürger minderen Wertes fühlen. Sie werden uns sagen, daß sie von ihren marxistischen und anderen Kollegen geachtet sind, daß ihre Leistungen anerkannt werden und sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Der gemeinsame Wille zum Frieden und zur Ehrfurcht vor dem Leben, der gemeinsame Wille zum Aufbau einer brüderlichen, menschenwürdigen Gesellschaft des Sozialismus ist so viel stärker für uns als jeder Versuch, unsere geistigen Unterschiede gegen unsere gemeinsamen Interessen auszunutzen zu lassen. Aber lassen Sie mich dem noch hinzufügen, daß ich es als etwas nie zuvor dagewesenes Neues empfinde, wenn wir uns selbst in diesen ureigen christlichen Problemen, die das allgemeine Interesse gefunden haben, der Freundschaft und der Unterstützung aller anderen demokratischen Kräfte gewiß sind.

Die CDU hat in ihrer Geschichte manche Stunde der Anfechtung und Verführung erlebt. Ich erinnere mich noch gut an den 2. Parteitag, auf dem Herr Kaiser davon sprach, daß die CDU zum „Wellenbrecher des Marxismus“ werden müsse. Das war für die Herren von Rhein und Ruhr eine sehr gute Losung, besonders da sie aus dem Munde eines Mannes kam, der sich immer wieder als einen christlichen Gewerkschafter bezeichnete. Herr Kaiser ist tot; Herr Arnold – früherer Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen – der zu diesem Parteitag nur gekommen war, um diese feine Idee zu beklatschen, lebt auch nicht mehr, und Herr Lemmer ist schon zu seinen Lebzeiten trotz aller Anstrengungen mit seinem Spionageministerium als unbrauchbar abgeschoben worden. Was waren das für Wellenbrecher!

Die Mitglieder unserer Partei durchschauten sehr bald, daß hier ihr Glaube nur benutzt werden sollte, um den Kapitalismus vor dem Sozialismus zu retten. Aber da gibt es nichts mehr zu retten. Der Sozialismus ist die Lebensform unseres Jahrhunderts. Mächtiger denn je sind seine Erfolge, und seine Anziehungskraft auf die Menschen in allen Ländern der Welt wächst von Tag zu Tag.

Manche Leute wollten uns einreden, daß es erst dann Frieden in der Welt geben kann, wenn alle Menschen Christen geworden sind. Nun hat es sich aber gezeigt, daß der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow, bekanntlich ein marxistischer Staatsmann (der allerdings die Bibel gründlicher kennt als mancher, der sich als Christ ausgibt), die Forderungen des Papstes nach Frieden auf Erden viel ernster nimmt als solche Katholiken wie Kennedy, Adenauer oder de Gaulle. Die Sowjetunion, die sozialistischen Staaten und die Millionen der für den Frieden kämpfenden Menschen aller Völker garantieren heute den Frieden und sind die Hoffnung von Christen und Atheisten.

Ist es also verwunderlich, daß wir als CDU diese Gemeinsamkeit immer wieder betonen und zum unveräußerlichen Grundprinzip unserer Arbeit machen? Wir bagatellisieren dabei nicht die Unterschiede zwischen Christentum und Marxismus. Aber wir wissen uns gerade als Christen in die Gemeinschaft mit denen gestellt, die nicht nur vom Frieden sprechen, sondern die dem Frieden auf Erden eine feste Heimstatt schaffen.

Es hat jedenfalls in der Vergangenheit noch niemals eine Partei gegeben, in der Christen verschiedener Konfessionen ihre Verantwortung für den Frieden in der Welt und für das Leben ihrer Mitmenschen so ernst nehmen und so erfolgreich in der politischen Arbeit verwirklichen wie in der Christlich-Demokratischen Union der Deutschen Demokratischen Republik.

Meine lieben Freunde! Die Erfüllung unserer großen Pläne wird nur möglich sein, wenn wir alle mit Optimismus, mit Begeisterung, in kluger Überlegung und mit aller Tatkraft ans Werk gehen. Was wir zu leisten vermögen, das haben die letzten Wochen mit ihrem harten Kampf gegen die Auswirkungen der langandauernden Frostperiode gezeigt. Ungezählte Mitglieder unserer CDU und parteilose Christen haben sich in diesem Kampf hervorragend bewährt. Ihnen von dieser Stelle aus einen herzlichen Dank zuzurufen ist mir deshalb ein besonderes Bedürfnis.

Die feste politisch-moralische Einheit unserer Bevölkerung in Stadt und Land hat sich hier erneut bestätigt, und sie wird sich genauso erfolgreich beweisen, wenn es jetzt darauf ankommen wird, dem Tauwetter und seinen Folgen zu begegnen und die entstandenen Planrückstände aufzuholen. Große und verantwortungsvolle Aufgaben für unsere Vorstände wie für jedes Mitglied liegen nun vor uns. Wir packen sie an in der Gewißheit, daß wir als christliche Demokraten hinter uns die gesamte Nationale Front haben, die sich ihrerseits auf uns verlassen kann.

Die Geschichte und unsere Erfahrungen haben uns die Richtigkeit unserer Feststellung bewiesen, daß Sozialismus und Friede untrennbar miteinander verbunden sind. Was könnte es da für einen Christenmenschen Schöneres und Erhabeneres geben, als seine ganze Kraft für die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus einzusetzen!

Darum geben wir unser Bestes für dieses edle Werk wahren Menschentums.

Das Programm des Sozialismus ist für uns alle das Gesetz unseres Handelns.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Elnigung“ oder Europa des Friedens?
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — Der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit

- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. — Die Kirche und das Nationale Dokument
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84 85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 86 Die Christlich-Demokratische Union in der Deutschen Demokratischen Republik
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landbischofs Lilje — Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 93 Dr. Eberhard Bock: „Lebendiger Glaube — tätige Liebe“
(Zum 300. Geburtstag von August Hermann Francke)

Verkaufspreis 0,50 DM — Doppelheft 1,— DM